

Peter Brandt Einheitsfront und Volksfront in Deutschland

*„Die Dialektik der Entwicklung in
Deutschland ist etwas eigenartig.“ (1)
W. Ulbricht 1945*

Die Geschichte der Bemühungen um die Herstellung der Einheit der Linken in Deutschland seit der Spaltung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg ist – von wichtigen und richtungweisenden Ausnahmen abgesehen – die Geschichte ihres Scheiterns. Dabei scheint im Nachhinein gerade hier die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die monarchistisch-militärische und die faschistische Konterrevolution auf der Hand zu liegen. Die kampflose Niederlage 1933 mit ihren kaum zu überschätzenden demoralisierenden Folgen und die Unfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse, eine nennenswerte Rolle bei der Niederschlagung des Nationalsozialismus zu spielen, verleihen der Bündnisfrage in bezug auf Deutschland eine besonders dramatische Note. Sowohl die Träger der revolutionären Tradition des Bolschewismus (Trotzkisten, Bandlerianer) als auch die Apologeten der diversen – realen oder imaginären – Zusammenschlüsse aller „antimonopolistischen Demokraten“, „Patrioten“, „Friedensfreunde“ o. ä. glauben eine Strategie sozialistischer Transformation und zugleich eine hinreichend ausgearbeitete und flexible Bündnispolitik zu besitzen, die – seinerzeit konsequent angewendet – den Sieg des Faschismus verhindert und eine progressive Entwicklung der deutschen Gesellschaft eingeleitet hätte, zum Teil werden die aktuellen politischen Strategien gerade auch als theoretische Verallgemeinerungen der „Lehren“ des antifaschistischen Kampfes angesehen. Als Ergebnis einer solchen Haltung wird der Streit um historisch oder geographisch abliegende Linkskoalitionen – in der Bundesrepublik gibt es „Volksfronttendenzen“ nicht ohne Grund nur in marginalen Bereichen – von den westdeutschen Sozialisten und Kommunisten zwar ohne Bereitschaft zu wirklicher Auseinandersetzung, dafür aber mit umso mehr Emotionen geführt: Während die einen in allem, was nicht durch die von den Bolschewiki und den Emotiven Weltkongressen der Komintern erarbeiteten Schemata abgedeckt scheint, „Verrat“ und „Opportunismus“ sehen (dabei unterstützt von linkskommunistischen Gruppen, die bündnispolitische Überlegungen von vornherein ablehnen), widmen sich die anderen der Verklärung einer von ihnen bejahten Politik, die rationale Kritik praktisch ausschließt. So basteln beide auf ihre Weise an einem Volksfrontmythos.

Die folgende Abhandlung versucht demgegenüber, den ideologischen Schleier zu lüften und, wenn schon keine gültigen Antworten, so doch wenigstens die zentralen bündnisstrategischen Fragen, mit denen sich die traditionelle deutsche Arbeiterbewegung konfrontiert sah, und die Richtung, in der eine Antwort zu suchen ist, zu formulieren. Damit soll gleichermaßen verhängnisvoller Legendenbildung entgegengewirkt wie auch ein Beitrag zur politisch-programmatischen Diskussion innerhalb der heutigen deutschen Linken geleistet werden.

Es erweist sich dabei als Vorteil und Nachteil zugleich, daß der Autor angesichts der historischen Erfahrungen mit reformistischen Regierungen und vermeintlich revolutionären „sozialistischen“ Systemen nicht von in ihrem Kern fertigen Modellen einer sozialistischen Gesellschaft für entwickelte Länder, noch weniger der Machteroberung und der Übergangsperiode zum Sozialismus auszugehen vermag. Dieses zu betonen ist insofern wichtig, als vor allem seitens der KPD-DKP allen Überlegungen zur Bündnispolitik die Orientierung an einem solchen niemals infrage gestellten Modell (in diesem Fall der sowjetischen Parteidiktatur) zugrunde lag und liegt. Die im folgenden geäußerte Kritik an der Politik der KPD geht von der aktuellen Bedeutung der Einheitsfront- und Volksfrontpolitik der 20er und 30er Jahre aus; sie warf wichtige Probleme auf, die in der sozialistischen Bewegung bis dahin nicht genügend Beachtung gefunden hatten,

1 W. Ulbricht, Schlußwort auf der ersten Reichs-Konferenz der KPD am 3.3.1946 in Berlin, in: ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Schriften, Bd. 2, 1. Zusatzband, Berlin (Ost) 1966, S. 358.

Meine Kritik daran ist aber insofern prinzipieller Art, als diese Politik seit den 20er Jahren zunehmend im Interesse einer Machteroberung der KPD als einer bürokratisch-zentralistischen Partei und/oder unmittelbarer außenpolitischer Interessen der UdSSR instrumentalisiert wurde. Daraus ergab sich der – im schlechten Sinne des Wortes – Manöver-Charakter der gesamten KPD-Politik, und daraus ergab sich auch die fast völlige Eliminierung der rücksichtslosen Analyse gesellschaftlicher Realität und der Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes (2) in Deutschland als Grundlage programmatischer Weiterentwicklung.

Einheitsfrontpolitik in den 20er Jahren

Die alte deutsche Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg hatte keine spezifische Bündnispolitik gekannt. Die glänzenden Wahlerfolge ab 1890 ließen es realistisch erscheinen, mittels des allgemeinen Stimmrechts die Mehrheit des Volkes für den Sozialismus zu gewinnen. Überdies war die SPD des Kaiserreichs nicht nur die einzige sozialistische Partei, sondern wegen der Blockbildung der beherrschenden Fraktionen des industriellen Kapitals mit dem politisch dominierenden Großgrundbesitz und der nur schwächlichen Opposition der minoritären liberalen Bourgeoisie gegen das Regime auch fast der alleinige Verfechter konsequent demokratischer Forderungen. Diese Tatsache bestärkte unterschwellige („lassaleanische“) Tendenzen, in allen „bürgerlichen“ (= nichtsozialistischen) Kräften eine einzige „reaktionäre Masse“ zu sehen.

Die Spaltung der SPD im Verlauf des Weltkriegs machte die Herstellung der Klasseneinheit zum zentralen Problem sozialistischer Politik, ohne daß die Tragweite dieses Problems zunächst erkannt worden wäre. Die Ursache des nahezu vollständigen Scheiterns der deutschen Revolution 1918/19 (2 a) lag in dem Vertrauen be-

- 2 Unter *Arbeiterklasse* wird im folgenden die Gesamtheit der im Marx'schen Sinne produktiven Lohnarbeiter verstanden. Der Begriff *Werkstätige* soll demgegenüber alle abhängig Beschäftigten mit Ausnahme der gemäß Einkommen und/oder Funktion zur Bourgeoisie zu rechnenden Gruppen (Top-Management, hohe Bürokratie) bezeichnen. Zum *Volk* rechne ich zusätzlich das klassische Kleinbürgertum einschließlich der Klein- und Mittelbauern.
- 2 a Die immer noch umfassendste Untersuchung zur deutschen Revolution stammt von E. Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 - 1919*, Düsseldorf 1962. Daneben siehe P. v. Oertzen, *Betriebsräte in der Novemberrevolution*. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19. 2. erw. Aufl. Bonn-Bad Godesberg 1976; U. Kluge, *Soldatenräte und Revolution*. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975; J. S. Drabkin, *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, Berlin (Ost) 1968. Eine Reihe wichtiger Aufsätze sind gesammelt in E. Kolb (Hg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, Köln 1972. Zur Problematisierung eignen sich neben den Beiträgen Kolbs und H. Grebings darin vor allem R. Rürup, *Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19*, Wiesbaden 1968; G. D. Feldmann/E. Kolb/R. Rürup, *Die Massenbewegung der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917 - 1920)*, in: PVS 13 (1972), S. 84 ff.; R. Rürup, *Einleitung zu: ders. (Hg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975*; immer noch anregend: A. Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1961; ders., *Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt 1961 (zuerst 1928 bzw. 1935). Als Arbeitsbibliographie (auch für das folgende) siehe K. Klotzbach, *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914 - 1945*. Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften,

gründet, das die große Mehrheit der Arbeiter und Soldaten, aber auch erhebliche Teile der Mittelschichten in die Politik der rechten SPD-Führung setzten, von der sie Frieden, gründliche Demokratisierung des Heeres und der Verwaltung, industrielle Mitbestimmung sowie erste „sozialistische“ Maßnahmen wie die Verstaatlichung der Bergwerke erwarteten. Nur eine Minderheit, die allenfalls in einigen Zentren die Mehrheit der Arbeiter umfaßte, stand den Mehrheitssozialisten von Anfang an mit Mißtrauen oder Ablehnung gegenüber. Und selbst innerhalb dieser Minderheit bildeten die Anhänger der jungen KPD bzw. ihrer Vorläufer noch einmal eine Minderheit. Der linksradikale Aktivismus ihrer Basis war zwar Ausdruck revolutionärer Ungeduld und der Bereitschaft zu selbsttätigem Handeln in bestimmten Schichten des Industrieproletariats – deren quasi moralische Abqualifizierung als lumpenproletarischer Bodensatz der Bewegung von histographisch-analytischen wie vom praktisch-politischen Standpunkt ebenso irreführend ist wie der Kennzeichnung der SPD-Arbeiter als „Arbeiteraristokraten“ – ; aber gerade weil er nicht allein auf die heftige Agitation des Spartakusbundes gegen die „Regierungssozialisten“ zurückzuführen war, sondern einen politischen Prozeß innerhalb der Klasse widerspiegelte, erschwerte er die für den Erfolg der Revolution unumgängliche Herstellung der proletarischen Aktionseinheit. Putschistische Aktionen wie der sog. „Januar-Aufstand“ festigten das Bündnis der SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung und boten den Anlaß für eine ganze Reihe von Strafexpeditionen, durch die die bürgerlichen Freikorps im Auftrag Reichswehrminister Noskes (SPD) unliebsame lokale Arbeiter- und Soldatenräte ausschalteten. Die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Rechtssozialisten und Kommunisten in Berlin zu Beginn des Jahres 1919 rief erstmals eine massive Gegenbewegung unter den Betriebsarbeitern, also der Basis der Arbeiterpartei hervor, die einen solchen „Bruderkampf“ nicht dulden wollten (3). In den regionalen Massenstreiks der folgenden Monate stellten die Arbeiter und ihre Organisationen immer wieder die Aktionseinheit her, aber die Bewegung verlief zeitlich unkoordiniert und der Einfluß der SPD-Führung war immer noch groß genug, die Einheitsfront der Arbeiter durch Teilzugeständnisse und Versprechungen zu spalten. Das Ergebnis war ein Ablösungsprozeß der desillusionierten Anhänger von der SPD – die USPD war trotz innerer Richtungskämpfe vor ihrer Spaltung Ende 1920 auf dem besten Wege, die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse zu gewinnen (4). Gleichzeitig jedoch hatte sich das militärische Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten der offen gegenrevolutionären Kräfte verändert und die kurz nach dem Umsturz zum Bündnis mit der Arbeiterbewegung bereiten kleinbürgerlichen Massen trieben wieder nach rechts. Die machtpolitisch extrem günstige Situation zu Ende des Jahres 1918 hatte also nicht für einschneidende gesellschaftliche Veränderungen ausgenutzt werden können. Auch

Christlich-Soziale Bewegungen, Kommunistische Bewegung und linke Splittergruppen, Bonn-Bad Godesberg 1974.

3 Kolb, Arbeiterräte, S. 233 ff.

4 Der Stimmenanteil der USPD stieg von Januar 1919 bis Juni 1920 im ganzen Reich von 7,6 % auf 18,0 %, in Berlin von 27,6 % auf 42,7 %. Dieser Umschwung drückte sich auch auf gewerkschaftlicher Ebene aus. Zur USPD jetzt: H. Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/M. 1975, und R. F. Wheeler, USPD und Internationale, Berlin (West) 1975.

der in einem sogar die Beamten umfassenden Generalstreik zusammengebrochene Kapp-Putsch im März 1920 und die folgenden Diskussionen und Kämpfe – es ging um die Möglichkeit der Bildung einer „Arbeiterregierung“ und die nachhaltige Entmachtung der Gegenrevolution – hatte nur noch einmal die Kampfkraft des geeinten werktätigen Volkes demonstriert, die sozialistischen Parteien jedoch nicht zu einem Konsens führen können (5).

Nach dem Scheitern der Revolution im Frühjahr 1919 sah sich die durch deren Ermordung ihrer wichtigsten Führer beraubte, illegale und kaum handlungsfähige KPD vor die Frage gestellt, wie angesichts der bewiesenen Aussichtslosigkeit minoritärer Aktionen der Anschluß an die rechts- und linkssozialistische Mehrheit der Arbeiter gefunden werden konnte. Der wichtigste Ansatzpunkt einer revolutionären Strategie, nämlich die Diskrepanz zwischen den Erwartungen der sozialdemokratischen Basis – gerade auch der die Räte tragenden unteren Kader – und der realen Politik des „Rates der Volksbeauftragten“, war praktisch gar nicht genutzt worden. Das Verhalten der Mehrheit der Arbeiter und Soldaten hatte sich durch allgemeine Appelle und Beschimpfungen ihrer Führer nicht verändern lassen, eher im Gegenteil. Die abstrakt-propagandistische Gegenüberstellung von Räten und Nationalversammlung hatte ebenso vom Unverständnis des majoritären Arbeiterbewußtseins und der Beharrungskraft reformistischer Organisationen gezeugt, wie die Ablehnung der immerhin auf die eine oder andere Weise gewählten sozialdemokratischen Räte und die Forderung nach ihrer Ersetzung durch „wirkliche“, „revolutionäre“ Räte (6), die es unmöglich machte, an die sich tendenziell radikalisierenden Demokratisierungs- und Sozialisierungsforderungen gerade dieser reformistisch orientierten Organe der Arbeiter anzuknüpfen, weitgehendes Unverständnis des Charakters von Räten als Verwirklichung der Einheit der Werktätigen auf der Grundlage deren *tatsächlicher* (und nicht gewünschter) bewußtseinsmäßiger Zusammensetzung hatte erkennen lassen.

Die Einheitsfrontpolitik, die die KPD in den folgenden Jahren entwickelte, beruhte ganz maßgeblich auf den Erfahrungen der Revolution – und später des gescheiterten März-Abenteuer 1921 (7). Es kann gewiß mit Recht bezweifelt werden,

-
- 5 H. H. Biegert, Gewerkschaftspolitik in der Phase des Kapp-Lüttwitz-Putsches, in H. Mommsen u.a. (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 190 ff.; Rosenberg, *Geschichte*, S. 89 ff.; E. Lucas, *Märzrevolution im Ruhrgebiet. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand; März 1920, Frankfurt/M. 1970*; ders., *Märzrevolution 1920. Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches, Frankfurt/M. 1973*; G. Eliasberg, *Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn-Bad Godesberg 1974*; E. Könnemann/H.-J. Krusch, *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin (Ost) 1972*; J. Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967*.
 - 6 Wo es machtpolitisch möglich war, wurden lokale Räte z. T. putschistisch „gesäubert“. Kolb, *Arbeiterräte*, S. 303 ff., bes. S. 321 ff.
 - 7 Die eingehendste Untersuchung über die Einheitsfrontpolitik der KPD in der Phase bis 1923. stammt von A. Reisberg, *An den Quellen der Einheitsfront. Der Kampf der KPD*

ob sich diese Politik durchgesetzt hätte, wenn nicht auch die Bolschewiki als führende Partei der 1919 gegen den anfänglichen Widerstand der KPD-Führung gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) angesichts einer vermeintlichen relativen Stabilisierung des kapitalistischen Europa auf eine taktische Wendung der KPen gedrängt hätten. Aber die ganze Einheitsfrontpolitik der KPD auf die Weisung Moskaus zurückzuführen, ist nicht nur faktisch unrichtig, sondern verstellt auch den Blick auf die Dynamik dieser neuen Politik.

Rosa Luxemburg hatte für das Programm des Spartakusbundes als eindeutige Absage an den Putschismus formuliert, Spartakus werde „nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der übergroßen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes“ (8). Das vor der Übernahme der Macht zu lösende strategische Ziel war also die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Damit war zwar noch kein konkreter Weg zur Erreichung dieses Ziels gewiesen, doch bestimmte Praktiken sowohl bolschewistischer als auch linkskommunistischer Art waren ausgeschlossen. Da Rosa Luxemburg nicht gewillt war, die gerade gegründete KPD gleich wieder zu spalten, als sie in der Frage der Beteiligung zu den Wahlen zur Nationalversammlung in der Minderheit blieb (ein Beschluß gegen Gewerkschaftsarbeit von Kommunisten konnte gerade noch verhindert werden), blieb die Partei nach ihrer, Liebsknechts und Joghichs' Ermordung unter dem Einfluß ultralinken Kräfte. Erst die von Paul Levi provozierte Spaltung über die Gewerkschaftsfrage machte die KPD politisch manövrierfähig. Die macchiavellistische Methode, mit der diese Spaltung durchgeführt wurde (9), setzte indessen erstmals „bolschewistische“ Maßstäbe, über die Levi sich selbst später bitter beklagen sollte. Doch war diese Maßnahme wahrscheinlich unumgänglich, um den ersten wichtigen Schritt aus der Isolierung zu tun, der darin bestand,

um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 - 1922. Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe W. I. Lenins und der Komintern für die KPD, 2 Bde., Berlin (Ost) 1971. Siehe für das folgende daneben auch D. Hemie-Oltmanns, Arbeiterbewegung und Einheitsfront, Zur Diskussion der Einheitsfronttaktik in der KPD 1920/21, Berlin (West) 1973, und W. T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921 - 1923, Düsseldorf 1973. Für die ganze Phase der Weimarer Republik: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bde. 3 u. 4, Berlin (Ost) 1966; O. K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969.

In der genannten Literatur auch näheres zu den März-Kämpfen von 1921. Die vernichtende Kritik von Paul Levi, wegen deren Veröffentlichung er aus der KPD ausgeschlossen wurde, mit dem Titel: Unser Weg. Wider den Putschismus, 1921 in Berlin erschienen ist in dem von Ch. Beradt herausgegebenen Sammelband enthalten: P. Levi, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt/M. 1969, S. 44 ff. Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, insbesondere Lenin, schloß sich im wesentlichen Teilen Levis Kritik inhaltlich an, hielt aber nichtsdestoweniger seinen „Disziplinbruch“ für unentschuldigbar.

8 Programm des Spartakusbundes, abgedruckt in: H. Weber (Hg.), Der Gründungsparteitag der KPD. Protokolle und Materialien, Frankfurt/M. 1969, S. 301.

9 Siehe Flechtheim, S. 143 ff.; H. M. Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim 1969, S. 139 ff.; Angress, S. 65 ff.

gemeinsam mit den sich nach links entwickelnden USPD-Arbeitern eine revolutionäre Massenpartei aufzubauen, die der SPD die Führung der deutschen Arbeiterbewegung streitig zu machen vermöchte. Was die in der USPD organisierten Arbeitermassen nach links trieb, war nicht das Beispiel der kleinen KPD, sondern neben der Politik der rechten SPD-Führer das Vorbild der Russischen Revolution, deren Prestige in demselben Maße stieg, wie das der Sozialdemokratie sank. Über die angestrebte Mitgliedschaft in der Komintern wurde der Zusammenschluß mit der KPD für den linken Flügel der USPD zu einem lohnenden Ziel. Im Dezember 1920 vereinigten sich diese beiden Gruppen; die Vereinigte Kommunistische Partei umfaßte zunächst ca. 450 000 Mitglieder. Während jedoch die Mehrheit der Delegierten des USPD-Parteitags in Halle für die Komintern und damit für die VKPD votierte, und etwa die Hälfte der USPD-Mitglieder zur neuen Partei übertrat, zeigte sich bei Wahlen, daß selbst die Rest-USPD im allgemeinen stärker blieb als diese (10). Es stellt sich die Frage, ob die künstliche Spaltung der USPD durch die 21 Bedingungen der Komintern – ähnliches wiederholte sich kurz darauf noch krasser in Italien – die Linkswendung der Arbeiterklasse nicht eher gebremst hatte, als sie zu beschleunigen, zumal hier, insofern ein Präzedenzfall, die Modalitäten der Spaltung aus den politischen Manövern der Komintern und den sie führenden Bolschewiki und nicht aus der Entwicklung der Klassenbewegung in Deutschland resultierten.

Trotzdem: die KPD war eine Massenpartei geworden. Sie repräsentierte nun eine so beachtliche Minderheit des Proletariats einschließlich erstmals nennenswerter Stützpunkte in Gewerkschaften und Betriebsräten, daß die anderen Arbeiterparteien, namentlich die SPD, sie nicht mehr ignorieren konnten; damit war überhaupt erst die materielle Voraussetzung für eine wirksame Einheitsfrontpolitik gegeben. Erste, noch widersprüchliche Ansätze wurden nach der schweren Niederlage der Partei in den Märzkämpfen 1921 und der anschließenden Kritik auf dem III. Weltkongreß der Komintern systematisch wiederaufgenommen und nach und nach zu einer neuen Strategie und Taktik der Kommunisten entwickelt. Es handelte sich dabei gewiß *auch* um ein „Manöver“, das außenpolitischen Erfordernissen der Sowjetunion (11) Rechnung trug; gleichzeitig ging es aber um viel mehr, nämlich um die Herstellung eines qualitativ und grundsätzlich veränderten Verhältnisses zu den nichtkommuni-

10 Bei den sieben Landtagswahlen im Winter 1920/21 erhielt die VKPD 1.440 000 Stimmen gegenüber 1.481 000 für die USPD und 5.309 000 für die SPD; für Berlin lauten die entsprechenden Zahlen 112 000, 197 000, 221 000. Von 900 000 Mitgliedern der USPD traten etwa 370 000 zur VKPD über (von denen sie nach der Märzaktion die Mehrheit wieder verlor); 340 000 blieben in der USPD (die sich 1922 bis auf einen kleinen Rest mit der SPD vereinigte); etwa 180 000 USPD-Mitglieder gingen der parteipolitischen Arbeit verloren. Wheeler, S. 163 f.

11 Das durch den Bürgerkrieg ausgeblutete Land schien nach dem Kronstädter Aufstand und dem Rückfluten der revolutionären Welle in Europa dringend einer Atempause bedürftig. Die innenpolitische Antwort auf diese Situation war die Verschärfung der Parteidiktatur bei Wiedereinführung gewisser Elemente kapitalistischer Ökonomie (NEP). Außenpolitisch begann die erste Phase der „Friedlichen Koexistenz“ einschließlich der Inanspruchnahme westlichen Kapitals beim ökonomischen Wiederaufbau und der Integration in die internationale Diplomatie. Eine enge militärische Zusammenarbeit mit der deutschen Reichswehr, ein zentraler Kritikpunkt deutscher Linkskommunisten, begann bereits 1920.

stischen Arbeitern. Es ist nicht möglich, hier die einzelnen Schritte und Etappen bei der Herausbildung der Einheitsfrontpolitik der KPD nachzuzeichnen, doch sei die Tatsache ihrer schrittweisen Entstehung unterstrichen, ebenso, daß mit ihr Erfahrungen der Russischen Revolution und der deutschen Klassenkämpfe von der Novemberrevolution über den Kapp-Putsch und den ihm folgenden Ruhr-Krieg bis zur mißglückten März-Aktion nachvollzogen wurden. Es hatte sich gezeigt, daß die Arbeiterklasse nur vereint aktionsfähig war und daß sie spontan dazu neigte, die Aktionseinheit über die Parteigrenzen hinweg herzustellen, ohne daß die Bindung an ihre jeweilige Organisation dadurch aufgehoben worden wäre. Die Ziele der gemeinsamen Kämpfe konnten nicht von der revolutionären Minderheit oktroyiert werden, sondern mußten sich nach dem Bewußtseinsstand der breiten Massen richten. Eine revolutionäre Partei, die diese Erfahrungen ignorierte, sich „dem, um das die Massen kämpften, doktrinar entgegen(stellten)“ (12), isolierte sich und vertiefte objektiv die politische Spaltung der Arbeiterbewegung.

Die Einheitsfrontpolitik verband die Erkenntnis, daß alle Lohnarbeiter, unabhängig von ihrer politischen und weltanschaulichen Orientierung, gezwungen waren, ihre Reproduktionsinteressen zu verteidigen, und auf dieser Basis gemeinsame „Tageskämpfe“ führten, mit der Einsicht, daß eine Verbreiterung, Zusammenfassung und Politisierung dieser Kämpfe nicht möglich war, ohne die gewerkschaftlichen und parteipolitischen Bindungen der Werktätigen zu akzeptieren und ernst zu nehmen, also alle Arbeiterorganisationen in die Einheitsfront zu integrieren zu versuchen. Dazu war es unumgänglich, auch an die Führer dieser Organisationen heranzutreten und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Da der Ausgangspunkt der Einheitsfrontpolitik somit darin bestand, „Tagesforderungen“ aufzugreifen und darauf zu drängen, daß die Reformisten um ihre eigenen Ziele kämpften, argwöhnten die Linkskommunisten, der Unterschied zwischen Revolutionären und Reformisten würde verwischt. Sie übersahen bzw. ignorierten, daß den Tagesforderungen ein System von Teil- und Übergangsforderungen zu Seite gestellt wurde, das – an erstere anknüpfend – die Massen lehren sollte, „größere Bedürfnisse zu haben: das Bedürfnis nach Eroberung der Macht.“ (13) Keine dieser Losungen implizierte automatisch die sozialistische Revolution, insofern waren sie – für sich allein genommen – reformistisch. In ihrem Zusammenhang jedoch, der sich aus den konkreten Klassenverhältnissen einer konkreten historischen Situation ergab, stellten sie das bürgerlich-kapitalistische Herrschaftssystem infrage und führten die Arbeiter direkt an die Sprengung dieses Systems heran. Der Übergangscharakter dieser Forderungen beruhte also nicht auf abstrakter Konstruktion unerfüllbarer Parolen, sondern verlangte wiederum das Anknüpfen an die subjektiven Interessen und Artikulationen der nichtkommunistischen Teile der Arbeiterklasse und des Volkes.

Ausgehend von diesen Überlegungen, stellte die KPD 1921 - 23 in den Mittelpunkt ihres „Übergangsprogramms“ die Losungen: Arbeiterkontrolle über Produktion, Distribution und Bankwesen; Erfassung der Sachwerte (= Staatsbeteiligung an

12 Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, 22. 6. - 12. 7. 1921, Hamburg 1921, S. 479 (Radek).

13 Ders., ebd.

allen Wirtschaftsunternehmungen zur Verhinderung der Abwälzung der Reparationszahlungen auf das Volk—; Arbeiterregierungen (= sozialdemokratische bzw. sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen) in Gemeinden, in Ländern und auf Reichsebene zur Durchsetzung von Teil- und Übergangsforderungen. Damit wurden weitere innen- und außenpolitische Forderungen verbunden wie die Entwaffnung der konterrevolutionären militärischen Verbände und die Schaffung von Arbeitmilizen zum Schutz der Republik und ihrer Errungenschaften für die Arbeiterbewegung und die Herstellung eines engen Bündnisses mit der Sowjetunion gegen den Entente-Imperialismus. Als Kampforganen zur Durchsetzung dieses Programms kam den Räten oder räteähnlichen Institutionen eine entscheidende Funktion bei der Entfaltung der proletarischen Einheitsfront zu. Dabei wurde nun auch erkannt, daß es nicht so sehr darum gehe, ideale Räteysteme zu entwerfen, sondern die real vorhandenen, wenn auch noch so verkrüppelten Ansätze zu Selbstorganisation zu stärken, zu konzentrieren und weiterzuentwickeln.

Die Erfolge der Einheitsfrontpolitik blieben, gemessen am Ziel der proletarischen Machteroberung, begrenzt, die relativen Fortschritte der Partei während der Phase 1921 - 23 sind jedoch nicht zu leugnen: Hatte sie bei den preußischen Landtagswahlen im Februar 1921 1.2 Millionen Stimmen (7,4 %) erhalten, so waren es bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 – ebenfalls auf Preußen bezogen – 2.4 Millionen (13 %), wobei zu berücksichtigen ist, daß die ökonomische und politische Stabilisierung bereits mehrere Monate wirkte. Bei der Beurteilung der vielen Kampagnen und Aktionen der KPD seit 1921 ist nicht so sehr die vollständige oder teilweise unmittelbare Erfolgslosigkeit der meisten von ihnen hervorzuheben, sondern die in der Geschichte der KPD (bis auf 1945) einmalige Annäherung an die nicht-kommunistischen Arbeiter, zumal wenn man die hemmenden Faktoren in Betracht zieht: die Folgen der Märznieferlage, die nicht nur in einem erheblichen Rückgang der Mitgliederzahlen, sondern auch in einer vorübergehenden verstärkten Isolierung von der SPD- und USPD-Basis bestanden; die kaum verhüllte Sabotage der neuen Politik durch die – durchaus nicht nur intellektuelle – linke Opposition innerhalb der Partei; nicht zuletzt die Schwankungen und Widersprüche, die sich nicht allein aus den KPD-internen Fraktionskämpfen, sondern vor allem aus dem empirischen und schrittweisen Übergang zur Einheitsfrontpolitik sowie der Ambivalenz des Konzeptes selbst ergaben.

Die Einheitsfrontpolitik identifizierte Parteipolitik und Klassenpolitik miteinander. Bis zu einem gewissen Grade entsprach das der Realität: ultralinke „Kinderkrankheiten“ wie abstrakte Revolutionspropaganda, Ablehnung aller Teilforderungen und Verachtung aller Machtpositionen der Arbeiterbewegung unterhalb der Diktatur des Proletariats waren überwunden. Indessen blieb die Stellung zu den reformistischen Parteien unklar. Waren sie ein für alle mal konterrevolutionär, also Agenturen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse und insofern ein entscheidendes Hindernis auf dem Wege zur Revolution, so daß die Aufgabe nach wie vor darin bestehe, sie zu zerschlagen, nur eben mit einer klügeren Taktik? Oder drückten sie nicht in erster Linie ein bestimmtes Bewußtsein der von ihnen vertretenen Arbeiterschichten aus, so daß ihre politische Funktion ein Problem der Arbeiterklasse selbst (und

nicht nur einer verselbständigten Führung) und somit auch von dieser beeinflussbar war? Während die erste Alternative die Einheitsfrontpolitik letztlich auf ein *Taktik* zur Eroberung der Massen durch die Kommunistische Partei reduzierte und darauf hinauslief, die reformistischen Führer zu stützen, „wie der Strick den Gehängten“ (14), mußte die zweite Alternative das legitime Recht der Werktätigen auf verschiedene Parteien (darunter auch reformistische) anerkennen, deren Politik durch deren Mitglieder selbst zu verändern sei; daraus ergab sich als Ziel, daß „die sozialdemokratischen Führer unter dem Druck der Massen . . . sich vom linken Flügel der Bourgeoisie abwenden und zum rechten Flügel der Arbeiterklasse werden“ (15) würden. Die Voraussetzung einer solchen Perspektive war u. a. ein veränderter Stil der Auseinandersetzung mit diesen Führern: sachliche, wenn auch harte Kritik anstelle von Beschimpfungen und Hervorhebung ihrer ideologischen und funktionalen Befangenheit gegenüber dem Kapitalismus und dem bürgerlichen Staat anstelle des Schürens von persönlichem Haß.

Diese von mir skizzierte Alternative wurde in dieser Form nicht diskutiert, entsprach aber doch einem realen Dilemma. In der Konzeption ging es sowohl um die Einbeziehung der anderen Arbeiterorganisationen in die Einheitsfront als auch um die (Selbst-)„Entlarvung“ der reformistischen Führer – entweder im Rahmen der Aktionseinheit oder durch die Weigerung der Teilnahme daran. Praktisch mußte jedoch die Absicht, die Sozialdemokratie zu liquidieren, nicht nur bei deren Führern, sondern auch bei den mittleren und unteren Funktionären und nicht zuletzt bei den sozialdemokratischen Arbeitern das ohnehin nur langsam abzubauenende Mißtrauen verstärken, die Einheitsfrontpolitik sei lediglich ein Manöver zur Zersetzung der SPD, zumal die Bolschewiki in Rußland 1921 mit der Vernichtung der letzten Reste der Legalität der anderen sozialistischen Parteien, die sie pauschal der aktiven Teilnahme an der Konterrevolution beschuldigten, der innerparteilichen Demokratie (Anti-Fraktions-Beschluß) und damit auch der noch verbliebenen Sowjetdemokratie demonstrierten, daß unter „Diktatur des Proletariats“ fortan eine Einparteiendiktatur zu verstehen sei – eine Entwicklung, die unter den europäischen Kommunisten, mit Ausnahme der rätekommunistischen Richtung, kaum problematisiert wurde. In der Ausarbeitung und Umsetzung der KPD-Politik bis 1923, besonders deutlich in der Frage der „Arbeiterregierung“, scheint mir jedoch eine Tendenz angelegt zu sein, die über das rein instrumentelle Verständnis der Einheitsfront hinauswies und bei weiterer Entfaltung auch das bolschewistische Modell infrage stellen mußte (16).

So wie die linksradikale Komponente der KPD seit der Novemberrevolution die „Bolschewismus“-Furcht der sozialdemokratischen Führer – ein wesentliches

14 W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, Berlin (Ost) 1970⁴, S. 75.

15 Bericht über die Verhandlungen des 8. Parteitags der KPD, Leipzig, 28.1. - 1.2.1923, Berlin 1923, S. 328 (Brandler); vgl. Zitat bei Reisberg, S. 610.

16 Ein Anzeichen dafür, daß Parteipolitik (im leninistischen Sinne) und Klassenpolitik eben doch nicht deckungsgleich waren, läßt sich in den Klagen der KPD-Zentrale über „opportunistische“ Fehler von Gliederungen der Partei bei der Einheitsfrontpolitik – neben der vorherrschenden Sorge über die „linken Abweichungen“ – erkennen. Beispiele bei Reisberg, S. 453.

Motiv ihres politischen Handelns – auch bei den rechtssozialistischen Arbeitern installierte bzw. befestigte, förderte die „ihrem Wesen nach antirevolutionäre“ (17) SPD-Politik aufseiten der Kommunisten gerade jenes Sektierertum und jenen „Putschismus“, die sie zu bekämpfen vorgab. Innerhalb der SPD stellte sich die politische Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung praktisch nur dem linken Flügel als strategisches und taktisches Problem dar. Solange die USPD als selbständige Formation neben der SPD bestand – bis 1922 –, war die Linke in der Mehrheitspartei äußerst schwach vertreten. Erst die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien machte die Linke wieder zu einem gewichtigen innerparteilichen Faktor. Während die rechte Mehrheit Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien favorisierte, war die Linke unter der Perspektive der Klasseneinheit zur Zusammenarbeit mit der KPD, sofern möglich, auch auf Regierungsebene, bereit (18). 1923 kam es sogar zur offenen Konfrontation dieser beiden sich ausschließenden sozialdemokratischen Richtungen, als die Reichswehrführung mit Billigung des Kabinetts der Großen Koalition den Einmarsch ihrer Truppen in Sachsen anordnete, der den Sturz der dortigen SPD-KPD-„Arbeiterregierung“ zur Folge hatte (19).

Die rechte Führung der Sozialdemokratie und wohl auch große Teile der Mitgliedschaft sahen bereits in den 20er Jahren in der KPD ein künstliches Produkt Moskaus, das sich auf unsolide Klasselemente stützte. Die moralische Abqualifizierung der Kommunisten (19 a) schloß eine ernsthafte Diskussion des Bündnisproblems der deutschen Arbeiterbewegung aus. Die Kommunisten mußten für die SPD gewonnen, ihr unbelehrbarer Teil mußte isoliert werden. Inwieweit sich diese Linie, die notwendig zu einer Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung führte, innerhalb der SPD durchzusetzen vermochte, hing wiederum nicht zuletzt von der Glaubwürdigkeit der KPD bei der nichtkommunistischen Majorität der Arbeiterklasse ab.

Es wird im allgemeinen übersehen, daß die Einheitsfrontpolitik der KPD während der frühen 20er Jahre bereits manche der Probleme anzugehen suchte, die später unter der Parole der Volksfront ins Blickfeld der Partei gerückt wurden: die Einbeziehung christlicher Arbeiter, das Bündnis mit den Mittelschichten, die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Republik und die nationale Frage. Mit der Einbeziehung der Christlichen Gewerkschaften in ihre Einheitsfront-Angebote machte die KPD den Versuch, ein langjähriges Versäumnis der Freien Gewerkschaften nachzuholen, die die Zusammenarbeit mit der zweitstärksten gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation, die 1922 immerhin 1 Million Mitglieder zählte (ADGB 7,8 Mill.) und besonders im Ruhrgebiet einen nicht zu vernachlässigenden Faktor bilde-

- 17 P. Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903 - 1920*, Berlin (West) 1967, S. 165.
- 18 Für die innerparteiliche Diskussion über die Frage der Regierungsbeteiligung der SPD und damit auch ihres Verhältnisses zur bürgerlichen Republik siehe A. Kastning, *Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919 - 1923*, Paderborn 1970; M. Stürmer, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924 - 1928*, Düsseldorf 1967.
- 19 Angress, S. 413 ff.; W. Fabian, *Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918 - 1930*, Löbau, S. 131 ff.
- 19 a Mommsen (Anm. 26), S. 122.

te, stets abgelehnt hatten. Politisch wurden die Christlichen Gewerkschaften durch die katholische Zentrumspartei repräsentiert. In dieser einzigen wirklichen „Volkspartei“ waren alle Klassen und Schichten vertreten, die Bourgeoisie jedoch charakteristischerweise unterrepräsentiert. Während das Zentrum im Kaiserreich im Bündnis mit den Konservativen gestanden hatte und innerparteilich der katholische Adel und der hohe Klerus dominiert hatten, trat im Zuge des Revolutionsprozesses der linke Flügel aus christlich-sozialen und bürgerlich-demokratischen Kräften stärker hervor, der auch der Protagonist des Bündnisses mit der Sozialdemokratie war.

Bemerkenswerterweise gab es in der kommunistischen Führung neben dem Versuch, die Christlichen Gewerkschaften in die Kämpfe der Arbeiter einzubeziehen, auch schon vereinzelt Überlegungen, die auf eine Hereinnahme der Zentrumspartei in eine Arbeiterregierung zielten (20). Natürlich konnte nicht damit gerechnet werden, die gesamte katholische Partei für ein sozialistisches Übergangsprogramm zu gewinnen, aber ein entsprechendes Angebot war möglicherweise geeignet, den Differenzierungsprozeß innerhalb des Zentrums voranzutreiben. Praktische Schritte wurden in dieser Richtung kaum getan, und die Überlegung hinsichtlich einer Arbeiterregierung einschließlich des Zentrums hätte wohl nur relevant werden können, wenn die sozialistischen Parteien unter sich bereits über die Grundzüge eines Regierungsprogramms Einigkeit erzielt hätten. Aber immerhin beweist das Beispiel, daß es ein Dogma, das die Beschränkung der Einheitsfront auf Arbeiterparteien und Gewerkschaften verlangte, nicht gab.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den abhängigen und selbständigen Mittelschichten stellte sich als Problem besonders dringlich angesichts der Inflation, die – von der Großindustrie zwecks beschleunigter Kapitalkonzentration systematisch angeheizt – den Lohn und die reinen Geldvermögen vernichtete. Große Teile vor allem des städtischen Kleinbürgertums waren betroffen und hatten nicht einmal, wie die abhängig Beschäftigten, die Möglichkeit, die erlittenen Verluste durch erkämpfte Lohnerhöhungen wenigstens teilweise zu kompensieren. Hier ergaben sich gemeinsame Interessen, die die KPD durch die Forderung nach Volksausschüssen zur Kontrolle des Preiswesens zu vertreten suchte (21). Die Angestellten und Beamten sollten vor allem durch die zunehmende Einbeziehung ihrer gewerkschaftlichen und ständischen Organisationen in den ökonomischen Klassenkampf an die Arbeiterbewegung herangeführt werden. In dieser Hinsicht bedeutete der Eisenbahnerstreik im Februar 1922, der von der KPD als einziger Partei vorbehaltlos unterstützt wurde, einen großen Fortschritt. Insgesamt wurden allenfalls erste Schritte in Richtung auf die Herstellung der Volkseinheit unternommen. Das gilt auch namentlich für die Verbindung mit den Klein- und Mittelbauern.

Wesentlich weiter fortgeschritten war der Kampf für die Verteidigung der Republik, der seinen Höhepunkt in der betreffenden Phase mit den Protesten anläßlich der Ermordung des deutschen Außenministers Walter Rathenau durch Rechtsextre-

20 Reisberg, bes. S. 296 ff. Für eine erste Orientierung über die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland siehe H. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1975⁶, S. 120 ff., 188 ff.

21 Reisberg, S. 552 ff.

misten am 24. Juni 1922 erreichte. Niemals seit dem Kapp-Putsch waren die Arbeiterklasse und die entschieden republikanisch gesinnten Teile der Mittelschichten so einig und entschlossen gewesen, die Empörung über den Mord zur Ausschaltung der reaktionären Umtriebe, insbesondere der bewaffneten konterrevolutionären Verbände, auszunutzen. Wenngleich das Ergebnis des Drucks der Massen nur in einem insgesamt ziemlich unwirksamen „Republikenschutz-Gesetz“ bestand, so hatten sich die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften doch zeitweise zu einer Vereinbarung mit der KPD über die Forderungen der Arbeiterklasse bereit gefunden (22). Das gemeinsame Programm der Arbeiterorganisationen war allerdings parlamentarisch nicht durchzusetzen, so daß sich die SPD und USPD schließlich davon abwandten. Die KPD hatte aber deutlich demonstriert, daß es in der Auseinandersetzung mit den monarchistischen und völkischen Feinden der bürgerlichen Demokratie für sie keine Neutralität gab.

Der Versailler Diktatfrieden nötigte der KPD auch eine Stellungnahme zur nationalen Frage auf. Ihre Ablehnung des Friedensvertrages gemeinsam mit den anderen Komintern-Sektionen auf der Grundlage einer revolutionär-internationalistischen Haltung war zwar abstrakt eine Alternative sowohl zur Erfüllungspolitik der republikanischen Parteien als auch zum Revanchismus der Nationalisten. In der Realität zeigte sich, daß der Versuch, Zugang zu den nichtproletarischen Volksschichten, insbesondere der Intelligenz, zu finden, ohne eine Position zu der besonderen nationalen Unterdrückung Deutschlands aussichtslos war. In ihrer Propaganda für das Bündnis mit Rußland konnte sich die KPD auf entsprechende Neigungen in breiten Teilen der nationalistischen Rechten stützen, die jedoch durchweg revanchistisch motiviert waren. Gegenüber einer solchen aus der Isolierung der Sowjetunion erklärbaren partiellen taktischen Übereinstimmung bedeutete die ideologische Offensive der Partei gegenüber den nationalrevolutionären Kräften innerhalb der Rechten im Zusammenhang mit dem Widerstand Deutschlands gegen die Ruhrbesetzung 1923 einen neuen taktischen Schritt. Die Argumentation dieser Kampagne, die keineswegs an die Stelle, sondern an die Seite der proletarischen Einheitsfrontpolitik und der antifaschistischen Mobilisierung trat, war noch sehr grob: Die nationalistischen Idealisten könnten ihr Ziel, die Aufhebung der nationalen Unterdrückung Deutschlands, nur im Zusammenwirken mit der Arbeiterklasse erreichen, da die Bourgeoisie zum Teil mit der Entente kooperiere, zum anderen Teil niemals wieder in der Lage sein werde, die Volksmassen an sich zu binden (23).

Die erwähnten Ansätze, die Einheitsfrontpolitik über ihren proletarisch-sozialistischen Kern hinaus zu erweitern, waren teilweise rein taktisch bestimmt – nicht

22 Ebd., S. 493 ff.; Angress, S. 277 ff.

Das „Berliner Abkommen“ der deutschen Arbeiterorganisationen verlangte neben einer Amnestie für die (linken) politischen Gefangenen die strafrechtliche Unterbindung monarchistischer Agitation, die Entfernung von Monarchisten aus dem Staatsapparat (einschließlich der Reichswehr) und die Aktionseinheit der Arbeiterparteien. Die Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslands wurden zur Hilfe gegen die Politik der Entente gegenüber Deutschland aufgerufen.

23 Angress, S. 362 ff.; E. O. Schüddekopf, Nationalbolschewismus in Deutschland, 1918 - 1933, Frankfurt/Berlin/Wien 1973, S. 108 ff.

zuletzt im Zusammenhang mit den Erfordernissen der sowjetischen Außenpolitik. Erst eine eingehende Darstellung und Analyse würde die mannigfaltigen Probleme dieser taktischen Manöver für eine sozialistische Strategie deutlich werden lassen. An dieser Stelle sollte nur gezeigt werden, wie weitgehend die Einheitsfrontpolitik der KPD 1921 - 23 auf Bereiche vorstieß, die der revolutionäre Sozialismus lange vernachlässigt hatte. Da die Entwicklung der kommunistischen Bündnispolitik noch keineswegs abgeschlossen war, als die innerparteiliche Machtübernahme durch die „Linken“ vorübergehend einen neuen ultralinken Kurs mit sich brachte, kann davon ausgegangen werden, daß die wegen der gebotenen Kürze notwendigerweise etwas apologetisch geschilderten Ansätze bei einer Kontinuität der Parteiführung weiterentwickelt worden wären. Ebensowenig darf das strategische und taktische Konzept zur Herstellung der *Klasseneinheit* als fertig gelten, dem selbstverständlich durchgehend oberste Priorität innerhalb der KPD-Bündnispolitik zukam, da sie die notwendige Voraussetzung für die Einbeziehung der Mittelschichten in den ökonomischen und politischen Kampf bildete.

Die Beendigung der relativ erfolgreichen Periode der KPD-Einheitsfrontpolitik zeigte, wie stark bereits zu diesem Zeitpunkt der Einfluß der sowjetischen Führer auf die Politik der deutschen Partei war: Gegen den anfänglichen Widerstand der KPD-Führung setzten die Bolschewiki 1923 die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes durch, als der Höhepunkt der Krise in Deutschland bereits überschritten war. Die vermeintliche Sabotage der „rechten“ KPD-Spitze lieferte dann den Grund für ihren Sturz (24). Alle Tendenzen zur Entwicklung einer eigenständigen, auf den Bedingungen Deutschlands fußenden revolutionär-sozialistischen Politik waren schlagartig unterbrochen. Der zuvor bereits problematische Balanceakt der KPD-Politik zwischen der Wahrnehmung deutscher Arbeiterinteressen einerseits und der Rücksichtnahme auf den Führungsanspruch der Bolschewiki andererseits wurde durch die „Bolschewisierung“ der KPD und der Komintern beendet, die die Möglichkeit innerparteilicher Opposition und damit der Kurskorrektur auf demokratische Weise entscheidend verminderte: Die im innerrussischen Fraktionskampf gerade siegreichen Gruppen erhielten immer stärker den Status von Schiedsrichtern über die fraktionellen Auseinandersetzungen innerhalb der anderen Komintern-Sektionen, die nun auch zunehmend direkt für die Außenpolitik des Sowjetstaates funktionalisiert wurden. Obwohl die KPD nach einer „linken“ Phase ab 1925 wieder zu einer Art Einheitsfrontpolitik zurückfand, zahlte sich diese – maßgeblich durch die Komintern veranlaßte – Wende angesichts der Unterbrechung der „rechten“ Politik und der inzwischen deutlichen Stabilisierung der Weimarer Republik nur langsam und partiell aus. Dennoch fällt in diese Phase die seit dem Kapp-Putsch und dem Rathenau-Mord er-

24 Zum „deutschen Oktober“ neben Angress, S. 413 ff., Flechtheim, S. 171; Rosenberg, Geschichte, S. 125 ff.; O. Wenzel, Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923, Phil. Diss. Berlin (West) 1955; A. Thalheimer, 1923 – eine verpaßte Revolution?, Berlin 1931. – Die Absetzung der „rechten“ Führung leitete jenen Prozeß forcierter Bürokratisierung der KPD ein, den H. Weber in seinem Werk: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969, genau untersucht hat.

folgreichste einheitliche Aktion der deutschen Arbeiterbewegung: der Volksentscheid über die Fürstenenteignung 1926. Die KPD hatte die Initiative ergriffen, jede weitere Zahlung deutscher Länder an die 1918 gestürzten Fürsten, die in wachsendem Maße ihnen angeblich zustehende Gelder einklagten, gesetzlich zu unterbinden und deren Eigentum ohne weitere Entschädigung zu konfiszieren. Unter dem Druck ihrer Basis schloß sich die SPD dem Volksbegehren an. Es ist aber charakteristisch für die Schwäche der linksbürgerlichen Kräfte in Deutschland, daß alle bürgerlichen Parteien (einschließlich der republikanischen) zur Nichtteilnahme an der Abstimmung aufforderten. Dadurch wurden Zustimmung und Teilnahme fast identisch, was den Erfolg des Volksentscheids vor allem in konservativen ländlichen Gebieten erschwerte (25). Nur Einzelpersonlichkeiten aus der bürgerlichen Intelligenz, vereinzelt auch bürgerlich-demokratische Politiker minderen Ranges, sprachen sich neben SPD und KPD für die Annahme der Gesetzesinitiative aus. Für einen Erfolg des Volksentscheids wäre über die Hälfte der Stimmberechtigten erforderlich gewesen, also ca. 20 Millionen. Das war von vornherein nahezu aussichtslos. Die Mobilisierung von 14,4 Millionen Stimmen war unter dieser Voraussetzung ein großer moralischer Sieg der Arbeiterparteien, die bei der vorangegangenen Reichstagswahl zusammen weniger als 11 Millionen erreicht hatten. Erneut war demonstriert worden, welche Sogwirkung ein Zusammengehen von SPD und KPD auf die nicht politisierten Teile der Arbeiterklasse und auf viele Angehörige der Mittelschichten auszuüben vermochte, wenn sie demokratische Forderungen aufgriffen, die das Bürgertum nicht zu erheben wagte, weil es die bei einem Erfolg zu erwartende Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses fürchtete.

Faschismus und Arbeiterbewegung bis 1933

Daß das Aufkommen der faschistischen Bewegung eine tödliche Bedrohung für die Arbeiterbewegung insgesamt darstellte, erkannten vor 1933 fast nur die linken Splittergruppen, während die SPD durch ihre legalistische Stillhaltepolitik selbst gegenüber den reaktionären Übergangsregierungen, die sich anschickten, die sozialpolitischen und demokratischen Errungenschaften langjähriger gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Arbeit abzubauen, und die KPD durch ihren an Wahlerfolgen orientierten Verbalradikalismus, der die reale Schwäche der Partei auf der Ebene des Klassenkampfes verdeckte – zum maßgeblichen Teil sicher gegen ihre Intentionen – alles taten, um die Arbeiterklasse zu desorientieren und vom Kampf gegen den Faschismus abzuhalten (26). Zweifellos gab es Faktoren, die eine erfolgreiche Gegen-

25 Für Ostpreußen z. B., eine überwiegend ländliche und politisch konservative Provinz, bedeutete dieser Boykott, daß nur ca. 20 % der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnahmen.

26 Siehe für diese Phase der deutschen Arbeiterbewegung neben den in Anm. 7 genannten Standardwerken vor allem S. Bahne, *Die KPD und das Ende von Weimar*, Frankfurt/M. 1976; T. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929 - 1934*, Berlin (West) 1969; E. Matthias, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in ders./R. Morsey (Hg.), *Das Ende*

wehr erschwerten: Die wichtigsten waren das Versagen der Arbeiterbewegung in der revolutionären Nachkriegskrise und die wesentlich darauf zurückzuführende Enttäuschung breiter kleinbürgerlicher Massen, die nun dem Faschismus zuliefen, und die ökonomische Spaltung des Proletariats durch die Krise. Die Tatsache, daß die Arbeitslosen in Deutschland bis zu 8 Millionen zählten (einschließlich der nicht Registrierten), bedeutete nicht nur eine enorme Schwächung der Gewerkschaften (deren Mitglieder 1932 zu über zwei Dritteln Erwerbslose oder Kurzarbeiter waren) (27), sondern begünstigte auch die politische Verschärfung dieser Spaltung: Die KPD wurde durch ihren ultraradikalen Kurs (Hauptstoß gegen den „Sozialfaschismus“, Bildung „revolutionärer“ Gewerkschaften etc.) zunehmend zum Sammelpunkt verzweifelter Arbeitsloser; das Gesicht der SPD bestimmten weiterhin die traditionellen Facharbeiter (28). Trotz dieser objektiven Faktoren gelang der Einbruch der NSDAP in die Arbeiterklasse nur langsam über die politischen und sozialen „Rand-schichten“ des Proletariats. Erst nachdem die traditionellen Organisationen in den ersten Wochen nach der Machtübernahme Hitlers ihre totale Unfähigkeit gezeigt hatten, den Kampf gegen den Faschismus doch noch aufzunehmen, begannen die Massendesertationen – vorwiegend seitens der Kommunisten – ins Lager der Sieger. Aber selbst 1935 stand die Mehrheit der Industriearbeiter – wie die Vertrauensrätewahlen indizierten – vermutlich noch in Opposition zum Dritten Reich (29).

Die Krise verstärkte das Sicherheitsbedürfnis der Arbeiter und damit auch ihr Festhalten an den tradierten Organisationen, die nicht durch weitere Spaltung geschwächt werden sollten. So ging der innerparteiliche Einfluß der SPD-Linken zurück statt zu wachsen, die Splittergruppen – einschließlich der immerhin bis zu 25 000

der Parteien, Düsseldorf 1960; H. Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: ders. (Hg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt/M. 1974.

27 So die offizielle Gewerkschaftsstatistik nach F. Sternberg, Der Faschismus an der Macht, Amsterdam 1935, S. 8; vgl. T. W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 - 1939, Opladen, 1975, S. 26.

28 Nach Bahne, S. 16, waren Ende 1932 nur noch 11 % der KPD-Mitglieder Betriebsarbeiter. Vgl. Flechthelm, S. 317. Überdies war eine enorme Fluktuation zu verzeichnen.

Für die SPD Mommsen Sozialdemokratie, S. 119 ff., und S. 32 ff.; Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1965, (hier S. 33), der von einer „relativen Vorherrschaft der gelernten Arbeiterschaft“ spricht. Ausführlicher R. N. Hunt, German Social Democracy 1918 - 1933, New Haven/London 1964, S. 99 ff.

29 Nachdem 1934 nur ca. 40 % der stimmberechtigten Arbeiter und Angestellten an der „Wahl“ teilgenommen und schätzungsweise zusätzlich ca. 15 % ungültige, ablehnende oder für oppositionelle Kandidaten abgegebene Stimmen verbucht wurden, mußte die NSDAP auch 1935 intern eingestehen, daß bei dem angeblichen Ergebnis von fast 85 % Ja-Stimmen nur das Verhältnis von Ja- zu abgegebenen Stimmen berechnet worden war. Das nicht bekannte tatsächliche Wahlergebnis empfanden die Nazis also so negativ, daß bis 1945 keine Vertrauensrätewahlen mehr stattfanden. H.-G. Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover/Frankfurt 1958, S. 128; G. Groß, Der gewerkschaftliche Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse während der faschistischen Vertrauensrätewahlen 1934, Berlin (Ost) 1962, S. 46 ff.; Seidel (Beauftragter der NS-Parteileitung) an Hoffmann (Stab des Stellvertreters des Führers), in VfZ 3 (1955), Dokumentation, S. 315.

Mitglieder umfassenden SAP – konnten nur begrenzte Erfolge erzielen (30). Die Schlüsselrolle beim Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus kam der SPD und den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu, die bis zum Schluß die Mehrheit vor allem der beschäftigten Arbeiter hinter sich wußten. Die Kampfbereitschaft der sozialdemokratischen Arbeiter – mit ihren diversen Organisationen, seit 1931 zusammengeschlossen in der „Eisernen Front“ – ist vielfach dokumentiert (31), das gilt insbesondere für die paramilitärischen „Schutzformationen“ des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“. Allerdings wurde diese Kampfbereitschaft durch die Kapitulation des republikanischen „Bollwerks Preußen“ (32) vor dem Staatsstreich der Regierung Papen am 20. Juli 1932 bereits stark unterminiert. Niemals sollte eine so günstige Chance wiederkommen, von dem Boden der Legalität aus zusammen mit der überwiegend sozialdemokratischen preußischen Polizei der konservativen und der faschistischen Reaktion entgegenzutreten. Aber selbst nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler kam es noch einmal zu einem unübersehbaren Aufbäumen der Arbeiterschaft, die in gewaltigen Demonstrationen ihren Protest bekundete.

Wiederum war der Wille der SPD-Basis, endlich loszuschlagen, so stark, daß der Parteivorstand den Funktionären aus dem Reich den Eindruck vermittelte, als sei alles für die Erhebung vorbereitet; das Signal werde zur rechten Zeit gegeben (32a). Der Reichstagsbrand und die unmittelbar folgende Verhaftungs- und Terrorwelle machte alle tatsächlichen oder fingierten Pläne dieser Art zunichte: Die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen konnte praktisch kampfflos abgewickelt werden.

Einer der schärflichsten Warner vor der katastrophalen Wirkung eines Sieges der Faschisten, Leo Trotzki, sah den Schlüssel der Entwicklung in Deutschland nicht bei der SPD, sondern bei der KPD. Unter der Voraussetzung, daß die sozialdemokratischen Führer von sich aus kaum von ihrer quietistischen Politik abgehen würden, fiel die wichtigste Rolle der Kommunistischen Partei zu (33). Trotzki beging m. E.

30 Für die Splittergruppen: W. Link, Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim 1964; H. Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim 1965; K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der ‚KPD-Opposition‘ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur ‚Rechts‘-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim 1964.

31 Siehe vor allem Matthias, Die Sozialdemokratische Partei, passim.

32 H.-P. Ehni, Bollwerk Preußen. Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1918 - 1932, Bonn-Bad Godesberg 1975.

32 a Matthias, Sozialdemokratie, S. 151 f. – Werner Blumenberg, der Führer der „Sozialistischen Front“ in Hannover, schrieb rückblickend in einem Erfahrungsbericht vom „November 1936: Erlebnis und Lehren des Zusammenbruchs“, abgedruckt bei Matthias, S. 269 ff. (hier S. 269): „Die Massendemonstrationen der Eisernen Front im Februar (1933, P. B.) waren von überwältigender Wucht; niemals vorher marschierten diese Massen so sehr von einem Willen beseelt und mit solchem Ernst . . .“

33 L. Trotzki, Schriften über Deutschland, 2 Bde., Frankfurt/M. 1971. Eine systematische Faschismus-Theorie im strengen Sinne hat Trotzki freilich nicht entwickelt, wie sie E. Mandel in seiner Einleitung zu den o. g. „Schriften“ zusammenzufassen versucht. Trotzki's Broschüren und Artikel sind brillante journalistische Arbeiten zur Strategie und Taktik

insofern eine Fehleinschätzung, als er den Faschismus als konterrevolutionäre Antwort auf die Bedrohung des Kapitalismus durch eine proletarische Revolution ansah und die vorausgegangene Niederlage der Arbeiterbewegung (Italien 1920, Deutschland 1919 - 23) zwar in eine Argumentation aufnahm, aber in ihrer Bedeutung unterbewertete. Daher hing für ihn die Defensive (Abwehr des Faschismus) zu eng mit der darauf folgenden Offensive (proletarische Revolution) zusammen (33a). Auch wenn man diese Position Trotzki nicht teilt, so bleibt doch seine Hauptthese, wie sie auch von anderen Marxisten vertreten wurde, richtig, daß allein eine konsequente Anwendung der Einheitsfrontpolitik im Sinne der KPD- und Komintern-Tradition der Jahre 1921 - 23 in der Lage wäre, die sozialdemokratischen Organisationen zu beeinflussen. Natürlich läßt sich der Erfolg einer solchen Politik selbst durch noch so viele Indizien im Nachhinein nicht mit Sicherheit beweisen. Sie hätte jedoch ohne Zweifel größere Erfolgchancen geboten, indem sie der sozialdemokratischen Basis, die zwar gegen den Faschismus kämpften, aber nicht mit ihrer Führung brechen wollte, eine klare politische Orientierung geboten und so ihren Druck auf die Leitungsgremien der SPD und der Gewerkschaften vervielfacht hätte.

der deutschen Arbeiterbewegung angesichts der faschistischen Bedrohung, die unter diesem Aspekt auch zentrale Einsichten über die nationalsozialistische Bewegung und den Faschismus als Herrschaftssystem enthalten. Eine Kritik an Trotzki vom Standpunkt der damaligen KPD lieferte jüngst A. v. Plato, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkiismus, Berlin (West) 1973. Siehe dazu die Auseinandersetzung zwischen N. Kadritzke und Plato in Prokla 11/12, S. 59 ff, und 14/15, S. 153 ff.

Die wertvollsten Analysen aus der Zeit vor 1933 (neben denen Trotzki) lieferten die KPO und ihr potentester Theoretiker, A. Thalheimer. Siehe ders., Über den Faschismus, in: W. Abendroth (Hg.), Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt/M. 1967; Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.), Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928 - 1933, Frankfurt/M. 1973.

33 a Ich halte es für wahrscheinlicher, daß die Zersetzung der NS-Bewegung, die im Herbst 1932 ja bereits begonnen hatte, durch eine defensive Einheitsfront der Arbeiterorganisationen – möglicherweise hätte bereits die unzweideutige Drohung mit Widerstand für den Fall der Betrauung Hitlers mit der Regierung ausgereicht, den Reichspräsidenten und die hinter ihm stehenden militärischen, großagrarischen und großkapitalistischen Kräfte davon abzuhalten; denn den Bürgerkrieg wollten sie gerade verhindern – zur Stabilisierung eines legalen bonapartistischen Regimes à la Schleicher geführt hätte (für die SPD ohnehin das „kleinere Übel“), das über kurz oder lang an den mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu lösenden Verwertungsproblemen bei angesichts langsam anziehender Konjunktur erhöhter ökonomischer Kampfbereitschaft der Arbeiter zerbrochen wäre.

Für die NSDAP war die Lage im Herbst 1932 tatsächlich äußerst prekär: Ihre Beteiligung am Berliner Verkehrsarbeiter-Streik, dem letzten größeren Streikkampf der deutschen Arbeiter vor dem Faschismus, konnte die Niederlage bei den Novemberwahlen nicht verhindern (Rückgang des Stimmenanteils von 37,2 % auf 33,1 % bei weiterer Zunahme der KPD auf 16,9 %). Finanzielle Probleme und Fraktionskämpfe führten vorübergehend zu einer akuten Parteikrise.

Die sozialrevolutionäre Infizierung der NSDAP-Basis, deren Ausbreitung – etwa durch eine politische Initiative der Arbeiterparteien – zur Sprengung der faschistischen Partei führen mußte, wird deutlich bei Schüddekopf, S. 390 ff. Vgl. auch Rosenberg, Geschichte, S. 197 ff. Zur generellen Charakterisierung der innenpolitischen Situation im Deutschen Reich 1932/33 siehe immer noch das Standardwerk von K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1971³, bes. S. 564 ff.

Die Reaktion der Arbeiterbewegung auf den Sieg des Nationalsozialismus

Die Wendung der Komintern und der KPD 1934/35 zur Volksfrontpolitik gilt allgemein als Antwort auf den Sieg des Faschismus in Deutschland und das dadurch begabte Anwachsen der faschistischen Bewegungen auch in anderen europäischen Ländern. Diese Ansicht ist jedoch nur bedingt richtig. Der erste ernsthafte Ansatz, erst einmal ein anderes Verhältnis zur Sozialdemokratie wiederherzustellen, wie ihn die tschechoslowakische KP einige Wochen nach der Machtübernahme Hitlers unternahm, wurde seitens der Komintern bald als „Fehler“ verurteilt (34). In Frankreich, wo die Arbeiterbasis der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei im Februar die Aktionseinheit gegen die faschistischen Vereinigungen erzwang, kehrt die KP zunächst zu ihrer ultralinken Politik zurück; die neue Linie setzte sich erst im Mai/Juni 1934 nach dem definitiven Scheitern der sowjetrussischen Bemühungen durch, mit Hitler-Deutschland zu einer außenpolitischen Kooperation zu gelangen. Noch langwieriger gestaltete sich der Übergang zur Volksfrontpolitik auf seiten der KPD. Trotz des staatlichen Terrors gelang es der Partei immer wieder, neue illegale Gruppen aufzubauen und den Apparat zu rekonsolidieren. Das auf diese Weise gegenüber der zunächst gänzlich auseinandergefallenen und durch die offene Kapitulationspolitik der Gewerkschafts- und eines Teils der SPD-Führung in der letzten Phase der Legalität demoralisierten Sozialdemokratie relativ erhöhte Gewicht der KPD verstärkte die unter Kommunisten weitverbreitete Illusion, der Faschismus arbeite durch die Liquidierung des Reformismus der Revolution zu. Die Stabilisierung des NS-Regimes und eine gewisse Rekonsolidierung der SPD ließen diese Perspektive 1934 immer unrealistischer erscheinen. Die praktische Relevanz der an diese Erfahrung anknüpfenden kommunistischen Wendung für die deutsche Arbeiterbewegung ist unter der Voraussetzung zu beurteilen, daß die „Massenillegalität“, an der nach Schätzungen bis zu einem Zehntel der früheren Mitglieder von SPD und KPD, also ca. 100 - 150 000 Personen, teilnahmen, von der Gestapo in den Jahren 1934 - 1936 zerschlagen werden konnte (35). Gerade in dieser Phase war die Wen-

-
- 34 J. Wegmüller, Das Experiment der Volksfront. Untersuchungen zur Taktik der Kommunistischen Internationale der Jahre 1934 bis 1938, Bern/Frankfurt 1972, S. 36 f. Für das folgende ebd., S. 45 ff.; J. Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1963, s. 437 ff.
- 35 Schätzung nach H. J. Reichhardt, Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: W. Schmitthenner/H. Buchheim (Hg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln/Berlin 1966, S. 209. - Zu den deutschen Arbeiterorganisationen während der Illegalität außer den in Anm. 30 genannten Titeln vor allem: H. Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972; K. Mammach, Die KPD und die antifaschistische Widerstandsbewegung 1933 - 1939, Berlin (Ost) 1974; L. J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933 - 1945, Hannover/Frankfurt 1960; E. Matthias (Hg.)/W. Link (Bearb.), Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen, Düsseldorf 1968; K. Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der „Gruppe Neu Beginnen“, Phil. Diss., Marburg 1957; J. v. Freyberg, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Pro-

de der KPD-Politik im Gange. Sie begann seitens der Exil-Führung im Sommer 1934 mit der Diskussion des Verhältnisses zur linken Sozialdemokratie, die ja bis dahin als besonders gefährlicher Teil des „Sozialfaschismus“ gegolten hatte, und fand ihre parteioffizielle Bestätigung mit der im Anschluß an den VII. Weltkongreß der Komintern abgehaltenen „Brüsseler Konferenz“ vom Oktober 1935 (36).

Aber selbst danach dauerte es oft noch Monate, wenn nicht Jahre, bis die Illegalen die Beschlüsse dieser Konferenz erfuhren. Schon vor 1935 kam es im Reich vielfach zur Zusammenarbeit von SPD- und KPD-Einheiten, die jedoch noch nichts mit der Volksfrontlinie zu tun hatten, sondern an die Einheitsfronterfahrungen der 20er Jahre anknüpften oder der neuen Erfahrung gemeinsam erlittener Verfolgung entsprangen (37).

Die Mitglieder und Anhänger beider Arbeiterparteien hatten uneinheitlich auf den definitiven Sieg des Nationalsozialismus reagiert. Ein großer Teil wurde inhaftiert; seitens der Kommunisten, die mit Abstand am schärfsten verfolgt wurden und die bei weitem zahlreichsten und kühnsten (zum Teil ausgesprochen leichtsinnigen) Widerstandsgruppen stellten, sollen 1933 rund 100 000, 1934 60 000 Militante in Haft gewesen sein (38). Übertritte in rechtsextreme Organisationen erfolgten nicht durchweg aus Opportunismus; auch die Tarnung oppositioneller Betätigung, Illusionen über den „Sozialismus“ der Nazis oder zumindest die Hoffnung auf weitere Radikalisierung der die Unternehmer und Bürokratie durchaus beunruhigenden linksfaschistischen Kräfte waren in vielen Fällen die tatsächlichen Beweggründe. Dabei tendierten Sozialdemokraten eher zum konservativen „Stahlhelm“, Kommunisten eher zu den in SA und NSBO zusammengefaßten aktivistischen, subjektiv zum Teil sozialrevolutionären NS-Gruppen. Neben dem vollständigen Rückzug ins Privatleben, gab es zahlreiche Formen der Aufrechterhaltung von Kommunikationsstrukturen, die sich auf legale Vereinigungen (Konsumgenossenschaften, Versicherungen, Sängervereine und deren Konzerte usw.) stützten, wie sie vor allem von Sozialdemokraten genutzt wurden. Die in ihren Aktivitäten wiederum sehr verschiedenen illegalen

blem der Aktionseinheit 1934 - 1937, Köln 1973; F. Moraw, Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933-1948. Bonn-Bad Godesberg 1973.

36 Dazu vor allem S. Vietzke, Die KPD auf dem Weg zur Brüsseler Konferenz, Berlin (Ost) 1966. A. Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935 - 1946, Düsseldorf 1971, S. 23 ff. (S. hat die bislang gründlichste und systematischste Untersuchung über die Konzeption der KPD in der hier interessierenden Zeitspanne verfaßt.) Siehe auch Duhnke, S. 85 ff. Seit kurzem liegt auszugsweise das Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ vor: K. Mammach (Hg.), Die Brüsseler Konferenz der KPD, Berlin (Ost) 1975.

37 Die wichtigsten dieser Vereinbarungen: Hessen-Süd (September 1934), Mittel- und Ostbaden (März 1935), Berlin (Juni 1935, hier zwischen SPD und Roter Hilfe). Die beiden ersten waren gemeinsame Aufrufe mit ausgesprochen revolutionär-sozialistischen Parolen. H. Laschitz/S. Vietzke, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933-1945, Berlin (Ost) 1964, S. 357 f.; Moraw, S. 38 ff.

Duhnke, S. 142, erwähnt außerdem Einheitsabkommen in Thüringen, Ostsachsen, der Pfalz, Württemberg und einigen westdeutschen Städten.

38 Duhnke, S. 101, Anm. 1.

Gruppen umfaßten nur einen Bruchteil der früher in Arbeiterparteien Organisierten. Während der KPD-Apparat bald wiederaufgebaut werden konnte, die Autorität der Führung kaum infrage gestellt wurde und Übertritte zu anderen Organisationen relativ selten waren – die Kommunisten fühlten sich bei allen Opfern anfangs eher bestätigt –, standen der SPD weniger Personen zur Verfügung, die bereit waren, sich illegal zu betätigen; ein Teil von ihnen suchte die Kontinuität der alten Sozialdemokratie aufrechtzuerhalten, indem sie die Publikationen des Exilvorstandes verteilten und die sozialdemokratische „Gesinnungsgemeinschaft“ aufrechterhielten, andere Teile – die meisten der eigentlichen Widerstandsgruppen – grenzten sich scharf vom Prager Exilvorstand (Sopade) und der letzten Phase der Legalität der Partei ab. Typische Namen lauteten „Roter Stoßtrupp“, „Roter Stab“, „Rote Rebellen“, „Sozialistische Front“. Die alten Parteigrenzen galten als überholt („Die Firma ist uns gleich.“ Die Illegalen wollten „nur Sozialisten sein.“), es war auch die Rede von der „proletarischen Revolution“ (39). Das spezifische Gewicht der sozialistischen und kommunistischen Splittergruppen wuchs, da sie es durch ihre Organisationsstruktur, teilweise auch durch intensivere Vorbereitung auf die Illegalität, besser verstanden, sich den Verfolgungen der Gestapo zu entziehen. Sie konnten auch vielfach Zuwachs vor allem von seiten der Sozialdemokratie verbuchen. Die „Machtergreifung“ hatte offenbar die versteinerten Fronten innerhalb der Arbeiterbewegung in Bewegung gebracht. Die Sopade befand sich eindeutig in der Defensive und sah sich veranlaßt, im Januar 1934 ein Programm zu veröffentlichen („Prager Manifest“) (40), das sich für eine von einer sozialistischen Kaderorganisation vorbereitete antifaschistische Revolution aussprach, die erst in ein legales parlamentarisches Stadium übergehen sollte, wenn die Zerschlagung der (auch wirtschaftlichen) Machtpositionen der herrschenden Klasse die Dominanz der Arbeiter gesichert haben würde. Auch die Frage der sozialistischen Einheit wurde – wenn auch in unklarer Weise – aufgeworfen. Das Prager Manifest war taktisches Instrument und zugleich bereits Ausdruck einer relativen Konsolidierung der Sopade, die nicht nur mit der ablehnenden Haltung vieler Illegaler, sondern auch mit der Opposition seitens einer „alten“ und einer „neuen“ Linken unter den Emigranten (Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten, dann Revolutionäre Sozialisten Deutschland (RSD, RS); Gruppe „Neu Beginnen“) zu rechnen hatte, die über eigene Widerstandsnetze verfügten. Es war mehr als ein taktischer Fehler der KPD, das „Prager Manifest“ erst zu einem

39 O. g. Zitate in einem Bericht vom „8.9.1935: Die illegale Arbeit in Dresden seit dem Sommer 1933“, abgedruckt bei Matthias, S. 268; letztgenanntes Zitat belegt bei Reichhardt, S. 179.

40 Abgedruckt in: D. Dowe/K. Klotzbach (Hg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 213 ff. In der Stellungnahme der KPD zum Prager Manifest, das sie einen „Gipfelpunkt sozialfaschistischer Demagogie“ nannte (Rundschau Nr. 14/9134, S. 508 ff., zit. nach D. Staritz, Sozialismus in einem halben Land. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR, Berlin (West) 1976, S. 43), kommt das Festhalten der Partei an der ultralinken Politik auch nach dem Sieg des Nationalsozialismus zum Ausdruck.

41 Vietzke, S. 227 f. Vietzke wertet das Prager Manifest als „bedeutenden Fortschritt“ (S. 60).

ganze ultralinke Linie, deren „Einheitsfront“-Politik darin bestand, die Anhänger der angeblich zerstörten SPD zum Anschluß an die KPD aufzufordern, machte es unmöglich, die Herausbildung von Organen der Aktionseinheit und die politische Diskussion zu einem Zeitpunkt voranzutreiben, als die Autorität der SPD-Spitze schwer angeschlagen war. Als die KPD ihre Haltung zur Sozialdemokratie zögernd zu revidieren begann, war nicht nur der Einfluß der Sopade gefestigt, sondern saß auch das NS-Regime fester im Sattel. Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, als ob eine frühzeitige Hinwendung der KPD zur Einheitsfront mit den anderen Resten der Arbeiterbewegung die Herrschaft des Faschismus unmittelbar bedroht hätte. Aber im Unterschied zur späteren Volksfrontpolitik der Kommunisten hätte sie einen weit weniger fiktiven Charakter gehabt, da sie direkt an reale Erfahrungs- und Bewußtseinsprozesse hätte anknüpfen können.

Die Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien war eine Antwort auf reale Massenbewegungen zur Verteidigung gegen Reaktion und Faschismus. Der Sieg der Volksfrontkoalitionen bei den Parlamentswahlen war möglicherweise in beiden Fällen ein notwendiges Kettenglied in der Entfaltung der revolutionären Massenkämpfe. In Frankreich konnte die spezifische Volksfrontideologie überdies an gewisse linksrepublikanische Traditionen der Intelligenz und des Kleinbürgertums anknüpfen. Mehrere linkssozialistische oder oppositionell-kommunistische Gruppen dieser Länder nahmen daher eine differenzierte Haltung zur Volksfront ein: Sie unterschieden zwischen der tendenziell antikapitalistischen Bewegung der Arbeiter, Bauern und städtischen Mittelschichten einerseits und dem Bündnis der Arbeiterparteien mit den demokratischen Politikern des Bürgertums andererseits.

Obwohl die politischen Bedingungen im faschistischen Deutschland in jeder Hinsicht abwichen, wurde die Volksfrontpolitik auch für die KPD verbindlich gemacht. Die schon vom XIII. EKKI-Plenum der Komintern im Dezember 1933 beschlossene Definition des Faschismus als der „offenen terroristischen Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (42) konstruierte damit einen Gegensatz zwischen dieser Gruppe und allen anderen Klassen und Schichten der Bevölkerung. Wie sollte nun die KPD auf diese neue Situation reagieren, die jeden, der nicht unmittelbar Nutznießer des faschistischen Systems war, zum objektiven Gegner des Faschismus erklärte, nachdem in der Phase zuvor jeder als Faschist gegolten hatte, der sich nicht der Führung der KPD unterstellen wollte?

Die neue Bündnispolitik der KPD

Die auf der „Brüsseler Konferenz“ thematisierte neue Bündnispolitik der KPD enthielt mindestens vier verschiedene Elemente:

1. Gewerkschaftseinheit und proletarische Einheitsfront der Arbeiterparteien.

42 Zit. nach G. Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus in: Die Kommunistische Internationale 1935, S. 1395.

2. Antifaschistische Volksfront der Arbeiterklasse mit allen übrigen Lohnabhängigen, den Bauern, Handwerkern und Kleinhändlern sowie der Intelligenz.
3. Zusammenarbeit mit Vertretern der religiösen und konservativen Opposition, die man in Anhängern der ehemaligen Zentrumspartei, der Volkskonservativen und auch der Deutschnationalen Partei und des Stahlhelms zu erkennen glaubte.
4. Zersetzungsbearbeitung in den nationalsozialistischen Massenorganisationen, die auf unterer Ebene umzufunktionalisieren seien (Taktik des „Trojanischen Pferdes“).

Der gemeinsame Bezugspunkt dieser verschiedenen, sich nur teilweise gegenseitig bedingenden Ansätze einer breitangelegten Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes war zunächst nur negativ bestimmt: es war der Sturz des NS-Regimes, der durch die Betonung gemeinsamer Interessen (politische und religiöse Freiheit, Erhaltung des Friedens) beschleunigt werden sollte. Was den Charakter des Nach-Hitler-Regimes angeht, hielt die KPD wie die Komintern zunächst noch am traditionellen Schema fest: Das kommunistische Ziel blieb die „Sowjetmacht“, während die Möglichkeit einer Staatsordnung neuen Typs, die weder als „Diktatur des Proletariats“ noch als klassische bürgerliche Demokratie („Diktatur der Bourgeoisie“) bestimmt werden könne, von Dimitroff auf dem Weltkongreß noch nachdrücklich zurückgewiesen wurde (43). Die Bestimmung der Aufgaben einer „Einheitsfront-“ oder „Volksfront-“Regierung bezog sich ausdrücklich auf die Diskussionen der 20er Jahre über „Arbeiter-“ bzw. „Arbeiter- und Bauern-Regierungen“, hob also deren Übergangscharakter hervor (44). Sywottek hat aufgezeigt, daß das Schwergewicht während der ersten Phase der KPD-Volksfrontpolitik (1935) auf der Herstellung des Bündnisses *von unten* lag, unter Führung der KPD bzw. der – wie man hoffte – von ihr politisch dominierten proletarischen Einheitsfront (45). Die Organe dieser Volksfront von unten sollten möglichst umfassende antinazistische Volksausschüsse im Reich sein. Die Verbindung zu bürgerlichen NS-Gegnern in der Emigration hatte die Herstellung einer solchen Volksfront von unten zu erleichtern, war diesem Ziel aber eindeutig untergeordnet.

Die Kritik an dieser Konzeption der KPD hat zunächst von der Frage auszugehen, inwieweit hier – nach der, wenn auch halbherzigen, Selbstkritik an der ultralinken Politik – eine realistische Perspektive deutlich wurde. Von daher scheinen mir, neben der ganz unzulänglichen Analyse der „Blocks an der Macht“ im Faschismus und seinen inneren Widersprüchen (46), vor allem zwei Aspekte hervorzuweisen: die Überschätzung der Agitation und Propaganda der KPD für den illegalen Kampf in Deutschland und – damit eng verknüpft – die Anlehnung an die politischen Organisations- und Kampfformen in der Zeit der Weimarer Republik. Die Form, in der die KPD sich an das deutsche Volk wandte – nämlich vermittels eines Aufrufs (47) – zeugte in doppelter Hinsicht von Illusionen: erstens war davon

43 Ders., ebd., S. 1434 f.

44 Ders., ebd., S. 1429 ff.

45 Sywottek, S. 51 ff.

46 Dazu jetzt N. Poulantzas, Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973.

47 An das werktätige deutsche Volk! Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Mittelständler, Bauern!, in: K. Mammach, Die Brüsseler Konferenz der KPD, S. 606 ff.

auszugehen, daß dieser Aufruf nur einen winzigen Teil seiner Adressaten erreichen würde, und zweitens war von vornherein klar, daß das langjährige Mißtrauen, ja die Feindschaft der Mittelschichten gegen die Arbeiterbewegung, besonders die Kommunisten, nicht durch Proklamationen aus der Welt geschafft werden konnten, sondern allenfalls durch die Erfahrung eines gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus für gemeinsame Interessen. Dazu gehörten genaue Analysen der sozio-ökonomischen und sozio-politischen Entwicklung des Dritten Reiches, besonders in bezug auf die verschiedenen kleinbürgerlichen Schichten. Die Propagierung einer Art „Massenwiderstandes“ des Volkes gegen den Faschismus – hierin bestand eine der Konstanten gegenüber der ultralinken Phase – war nur geeignet, Illusionen unter den Illegalen zu züchten. Gewiß gab es religiös und ökonomisch bedingte Opposition einzelner Volksgruppen bzw. Schichten. Der Kirchenkampf war von diesen Bewegungen die breiteste, und die KPD hatte gegenüber manchen sektiererischen Äußerungen von linkssozialistischer Seite absolut recht, auf dessen Bedeutung hinzuweisen. Es galt jedoch ebenso deutlich zu erkennen, daß die illegalen Arbeiterkader unter den gegebenen Umständen kaum in der Lage waren, auf diesen Konflikt Einfluß zu nehmen, und daß die meisten Führer des kirchlichen Widerstandes momentan keineswegs bereit waren, sich in den politischen (sozialistischen oder auch demokratischen) Kampf einzureihen. Erst die Entfaltung breiter Kämpfe der Arbeiterklasse, die wiederum in erster Linie von der beginnenden Zersetzung des Regimes, also von objektiven Faktoren, abhingen, konnte eine Situation hervorbringen, die eine über das Proletariat hinausreichende Bündnispolitik möglich machte. Bis dahin konnte es nur um die Herstellung von Einzelkontakten zu bürgerlichen NS-Gegnern und um gegenseitige praktische Unterstützung gehen. Dafür war aber die Programmatik der KPD eher hinderlich, weil sie die Beschränktheit der Arbeitsmöglichkeiten unter der faschistischen Diktatur verschleierte und die Konzentration auf die Hauptaufgabe: die Bildung illegaler Kader der Arbeiterbewegung auf der Basis der Einheitsfront, erschwerte.

Daß der Liberalismus schon vor 1933 seine Basis im deutschen Bürgertum verloren hatte, war unübersehbar; an dessen Stelle als „eigentlicher“ Partner einer Volksfront traten für die KPD daher Angehörige des Zentrums und bürgerlicher Rechtsparteien. Die beiden wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang wurden gar nicht gestellt: ob nämlich Persönlichkeiten wie Treviranus und Brüning noch irgendwelche realen Kräfte in Deutschland repräsentierten und – selbst wenn dem so war – ob die bürgerliche Opposition überhaupt an einem Bündnis mit den Kommunisten interessiert sein konnte. Die Verhältnisse zwangen sie offenbar nicht dazu, sondern legten viel eher den Gedanken an einen Militärputsch nahe.

Die Hervorhebung der Notwendigkeit, in die faschistischen Massenorganisationen einzutreten und dort zu arbeiten, hatte konzeptionell mit der Volksfront gar nichts zu tun, außer der formalen Gemeinsamkeit, an allen vermeintlichen Regungen der Massen teilzunehmen, um sie zu kanalisieren. Der Taktik des Trojanischen Pferdes lagen zwei im Kern richtige Überlegungen zugrunde, die jedoch durch Übertreibung wiederum stark entwertet wurden: Erstens waren die Werktätigen nun einmal in den offiziellen Organisationen zusammengefaßt, z.T. quasi zwangsweise

(DAF), zweitens reflektierten die institutionellen Gegensätze zwischen verschiedenen NS-Organisationen gebrochen die fortbestehenden sozialen Widersprüche und Interessenunterschiede. So wurde die DAF – z.T. auch die Partei – im Rahmen des Systems in begrenztem Maße zum Verteidiger der Reproduktionsinteressen des Proletariats (48). Dazu kam der immer wieder aktualisierte Widerspruch zwischen der „Gemeinwohl“-Ideologie und der gesellschaftlichen Realität, dessen direkte politische Relevanz nach der Liquidierung der SA-Führung am 30. Juni 1934 und der Entmachtung der NSBO eigentlich nicht mehr überschätzt werden durfte. Die Struktur der DAF erlaubte praktisch keine Organisierung autonomer Gruppen; ähnliches galt für die „Vertrauensräte“ in den Betrieben. Eine Exponierung in den legalen Institutionen bedeutete auch eine starke Gefährdung der eigenen Kader – zumal wenn sie als frühere Kommunisten bekannt waren. Überdies war im Einzelfall die äußerst beschränkte oppositionelle legale Aktivität gegen die Wirkung demonstrativer Aktionen abzuwägen. Was die Nazis bei den Vertrauensleutewahlen 1934 und 1935 so schockierte, daß diese Wahlen seitdem ausgesetzt wurden, waren nicht die vereinzelt gewählten „oppositionellen“ Kandidaten, sondern die überwiegende Zahl von Wahlenthaltungen, ungültigen oder Nein-Stimmen. Auch die Taktik des „Trojanischen Pferdes“ hätte wohl erst bei beginnender Desintegration des Regimes praktische Bedeutung gewinnen können. Bis dahin blieben nur ganz reduzierte Aktivitäten auf diesem Sektor realistisch, wie etwa die SAP sie durchzuführen versuchte.

Auch in anderer Hinsicht warf die neue Politik der KPD mehr Fragen auf, als daß sie sie beantwortete. Zwei dieser grundsätzlichen Probleme, die – wie oben gezeigt – die Partei schon zu Beginn der 20er Jahre beschäftigt hatten, waren die demokratischen Freiheitsrechte und die Nation. Die Erfahrung mit der faschistischen Diktatur wie auch mit dem bolschewistischen System in der Sowjetunion legte die Überlegung nahe, ob nicht die pauschale Abqualifizierung der Werte der bürgerlichen Demokratie durch die revolutionäre Linke ein Fehler gewesen war. Aber natürlich war die KPD nicht bereit, eine prinzipielle Debatte über die Bedeutung von demokratischen und Rechtsgarantien zu führen. Das sowjetische Modell galt nach wie vor als höchste Form der Demokratie, der demokratische Kampf in Deutschland nur als Instrument zum Sturz des Faschismus.

Die nationale Frage stellte sich für die deutsche Linke noch krasser als für die Sozialisten anderer Länder. Gerade 1935 bewiesen die Nazis, welche Massenwirkung vom Nationalismus ausging: Im Saarland besiegten die Befürworter eines Anschlusses an Deutschland vernichtend die Anhänger der aus Kommunisten, Sozialdemokraten sowie liberalen und christlichen Dissidenten des Bürgertums gebildeten „Freiheitsfront“, die mit 8.8 % nur gut die Hälfte der Stimmen erhielt, die die KPD 1932 allein hatte erobern können, im Sudetenland fügten die Henlein-Faschisten der dortigen deutschen Sozialdemokratie eine schwere Niederlage zu; in Danzig stellte die NSDAP seit den – allerdings manipulierten – Wahlen von 1935 allein den Senat. Daß die Mobilisierung des Nationalbewußtseins in Deutschland fast immer die Linke traf, beruhte auf einem Problem, dessen Wurzeln schon im 19.

48 Siehe dazu vor allem Mason, Arbeiterklasse, sowie ders., Labour in the Third Reich, 1933 - 1939, in Past and Present 33 (1960), S. 112 ff.

Jahrhundert lagen: In Frankreich, Großbritannien, den USA, auch in Italien war die Nationbildung verknüpft gewesen mit dem Prozeß der bürgerlichen Emanzipation und der demokratischen Revolution, in Deutschland war die nationale Einheit nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution von 1848/49 durch den preußischen Machtstaat militärisch herbeigeführt worden, damit zugleich den bürgerlichen Liberalismus als politischen Faktor von eigenem Gewicht ausschaltend. Im Kaiserreich gehörte die sozialistische Arbeiterschaft von vornherein zu den „Reichsfeinden“. Dem offiziellen, militaristisch geprägten preußisch-deutschen Patriotismus setzte die Sozialdemokratie eine abstrakte internationale Solidarität entgegen, die in der Stunde der Wahrheit, am 4. August 1914, unter dem Ansturm nationaler Begeisterung versagte. Die deutsche Linke fand keine nationale Identität, die gegenüber der vaterländischen Tradition der Rechten hätte bestehen können. Versuche während der Weimarer Republik, deren Friedenschluß mit der Entente die SPD und die bürgerlichen Republikaner auch noch mit der Erfüllungspolitik belastete, die Tradition von 1848 wiederzubeleben, blieben künstlich. Andererseits wirkte das Programm der KPD zur „nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ aus dem Jahre 1930 als Versuch der revolutionären Linken, das nationale Problem anzugehen, auf die breiten Volksschichten kaum glaubwürdig. Die lärmende Agitation gegen die nationale Unterdrückung mit deutlichen Anklängen an die Parolen der Rechtsextremisten (49) konnte das viel tiefer liegende Problem der Identitätskrise der deutschen Linken in bezug auf die eigene Nation nicht lösen. Hieran änderten auch die nationalen Töne der Volksfrontpropaganda nichts. Die sozialdemokratische Emigration diskutierte demgegenüber das nationale Problem wesentlich gründlicher, wenn auch ohne abschließendes Ergebnis (50). Die meisten Sozialdemokraten – durchaus nicht nur solche des rechten Flügels – betrachteten es als eine Erfahrung der Weimarer Periode, daß eine sozialistische Bewegung ohne innere Beziehung zur nationalen Kultur, zur nationalen Tradition ihres Landes nicht der Führer einer antikapitalistischen Volksrevolution sein kann, die ja zugleich eine Reorganisation der Nation bedeutet.

Es war der KPD klar, daß ihre ganze Volksfrontpolitik in der Luft hing, wenn es nicht möglich war, die proletarische Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zu realisieren. Aus dieser Erkenntnis heraus suchte die KPD seit 1935 systematisch die Verbindung zur Sopade. Im Unterschied zu der früheren „Einheitsfront von unten“ erklärte man sich jetzt zu Spitzenverhandlungen bereit und schlug vor, die Parteivorstände der SPD und KPD sollten alle Splittergruppen aus ihrem Bündnis heraushalten; deren Anhänger dürften sich nur als Einzelpersonen beteiligen. So leicht war

49 So hieß es z. B. in der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, abgedruckt in: L. Berthold, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, Berlin (Ost) 1956, S. 230: „Die sozialdemokratischen Führer . . . sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen (!) Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.“

50 Siehe E. Matthias, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933 - 1938, Stuttgart 1952; Zeitschrift für Sozialismus, Karlsbad 1933 ff., Neudruck 1970.

jedoch das Mißtrauen der SPD-Führer nicht zu beseitigen. Ein erstes Gespräch verlief im wesentlichen ohne Resultat. Als die KPD dann entgegen dem ausdrücklichen Wunsch der Sozialdemokraten in ihrer Presse tendenziös über das Treffen berichtete, wurden die kaum begonnenen Kontakte von der Sopade wieder eingefroren. In den folgenden Jahren erließ die KPD immer wieder Aufrufe zur Zusammenarbeit an die Sopade, die diese ablehnte oder gar nicht beantwortete (51).

Die sozialistischen und kommunistischen Splittergruppen und die linken Sozialdemokraten sahen – sofern sie nicht, wie die Trotzlisten, von vornherein die aus ihrer Sicht konterrevolutionären Aspekte der Komintern- und damit auch der KPD-Politik stärker gewichteten – in der Hinwendung der KPD zur proletarischen Einheitsfrontpolitik das eigentlich Positive an ihrer Kursänderung und maßen dieser auch die größte Relevanz für den antifaschistischen Kampf zu. Die spezifische Volksfrontprogrammatische und -politik der KPD, die seit dem Juni 1936 die „demokratische Republik“ als Ziel des jetzt auch für die Zeit nach dem Sturz Hitlers vorgesehenen Bündnisses proklamierten, lehnten alle diese Gruppen mehr oder weniger entschieden ab. Die Trennung des antifaschistischen vom antikapitalistischen Kampf und daher auch das Bündnis mit Vertretern der Bourgeoisie wiesen sie zurück; die kleinbürgerlichen Schichten seien in erster Linie durch entschlossenen Klassenkampf und Führungswillen des Proletariats zugewinnen (51 a). Der Terminus „Volksfront“ wurde zwar meist aufgenommen, nicht zuletzt, um sich von der Einheitsbewegung in der Emigration und im Widerstand nicht zu isolieren, aber inhaltlich anders bestimmt als seitens der KPD. Die Revolutionären Sozialisten (RS), die Organisation linker Sozialdemokraten, stellten sich die Vereinheitlichung der gegen den Nationalsozialismus gerichteten Opposition demzufolge anders vor als die KPD. Als ersten Schritt dachte man sich eine „Aktionszentrale“ aller Gruppen der Arbeiterbewegung in der Emigration, die die trade-unionistischen Aktivitäten der Werktätigen im Reich über Grenzsekretariate und „Vollzugsausschüsse“ der illegalen Kader koordinieren und politisch tendenziell vereinheitlichen sollte. Der zweite Schritt bestand den RS zufolge in der Institutionalisierung der Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Linkssozialisten, garantiert durch einen Einheitsfront-Pakt der emigrierten Parteiführungen von KPD und SPD. Das Endziel des damit eingeleiteten Prozesses war eine marxistische „Einheitspartei“. Um die „proletarische Einheitsfront“ würde sich als dritter Schritt die als „Antifaschistische Arbeiterfront“ bezeichnete Klassenbewegung des gesamten Proletariats unter Einschluß früherer christlicher Verbände bilden, deren Ziel in der Wahrnehmung

51 Duhnke, S. 153, 170 ff., 182, Anm. 148; Protokoll, der Spitzenbesprechung zwischen Sopade und KPD am 23.11.1935 abgedruckt in: E. Matthias (Hg.)/W. Link (Bearb.), Mit dem Gesicht nach Deutschland, Dok. 15; Entwurf eines Spitzenabkommens zwischen Sopade und KPD von Mitte Oktober 1935, dokumentiert in: U. Langkau-Alex, Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“, Phil. Diss. MS, S. 338 f. (Liegt demnächst gedruckt vor.)

51 a Siehe z. B. Neue Front (Organ der SAP), 24/1934, SAP zur Plattform der Linken in der SPD; 4/1936, Was kommt nach Hitler?; Internationaler Klassenkampf (KPO), Nov. 1938, S. 12 f.; Richtlinien der Revolutionären Sozialisten zur Volksfront von Mitte November 1935, dokumentiert in: Langkau-Alex, Diss., S. 340 ff.

der Tagesinteressen über die Initiierung einer „Einheits-Gewerkschaftsbewegung“ bestünde. Die „Arbeiterfront“ würde dann „Kreise des pauperisierten und deklasierten Kleinbürgertums und Mittelstandes“ sowie religiöser und anderer oppositioneller Gruppen an sich ziehen, ohne daß programmatische Zugeständnisse gemacht werden müßten (52).

Dieser Alternativplan zur Volksfrontpolitik der KPD, der auch die Stoßrichtung der Programme der anderen Splittergruppen für den antifaschistischen Kampf anzeigte, war schwerlich sehr viel realistischer als die Vorstellungen der KPD, was die aktuellen Bedingungen unter dem Faschismus betrifft. Offensichtlich lag auch eine Unterschätzung der Bündnisproblematik hinsichtlich der Mittelschichten vor. Die Ausführungen machen aber deutlich, daß die Gruppen links von der Sopade – das galt auch für die Illegalität – wenig von der KPD-Bündnispolitik hielten; diese sei eine „opportunistische Auslegung der ‚Volksfront‘“ und als solche eine „ernste Gefahr für die Entwicklung der Einheitsbewegung“ der klassenbewußten Arbeiter (53). Die KPD drohte sich also zwischen zwei Stühle zu setzen: Nicht nur fehlten die bürgerlichen Partner für eine Volksfront im Reich, auch die Sopade verweigerte sich, deren gesellschaftspolitische Zielvorstellungen den von der KPD bezugnehmend auf Spanien propagierten nahestanden (54). Andererseits gab es viele Sozialisten, die nichts sehnlicher wünschten als die Schaffung einer festen Aktions- und möglichst auch programmatischen Einheit aller Gruppen der Arbeiterbewegung, denen aber das Verständnis für die Bündnispolitik der KPD abging, wenn sie sie nicht sogar aggressiv zurückwiesen.

Ansätze einer „Deutschen Volksfront“

Diese These wird durch die beiden relevantesten Versuche, eine „Deutsche Volksfront“ zu initiieren – einer davon im Widerstand, einer in der Emigration – nur bestätigt. Nach der Zerschlagung der relativen „Massenillegalität“ in den ersten Jahren der NS-Diktatur entstanden allenthalben kleinere, aber „härtere“ Widerstandsgruppen. Es handelte sich zum Teil um eine Weiterentwicklung der aus der vorangegangenen Phase übriggebliebenen Zirkel, zum Teil um Neugründungen. Die alten Parteigrenzen verloren an Gewicht, so daß gemischte Gruppen immer zahlreicher wurden. In diesen Zusammenhang gehört auch eine vorwiegend sozialdemokratische Widerstandsorganisation unter Leitung der früher dem linken Flügel der Partei angehörenden ehemaligen SPD-Politiker Brill und Brass. Der „Deutschen

52 Nach ebd., S. 262 ff.

53 Zit. nach ebd., S. 267.

54 Der ehemalige „Vorwärts“-Redakteur Kuttner schrieb am 4.6.1937 aus Spanien an Friedrich Stampfer: „Ihr könntet hier das sehen, was uns doch immer als Ziel vorgeschwebt hat: eine demokratische Entwicklung auf der Grundlage eines gebändigten Kapitalismus, eines aufgeteilten Großgrundbesitzes und sozialisierter Schlüssel-Industrien. Wenn jemand Grund hat, mit voller Begeisterung für die hiesige Sache einzutreten, dann wirklich wir.“ In: E. Matthias/Link (Hg.), Mit dem Gesicht . . ., S. 294.

Volksfront“ (1936–1938) (55), wie diese Gruppe sich nannte, war als einer der wenigen illegalen Organisationen der Aufbau eines überregionalen Verbindungsnetzes ohne jede Hilfe der Emigration gelungen; sie arbeitete eng mit der Gruppe Neu Beginnen zusammen. Der Name sollte in erster Linie die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Antifaschisten nach dem Vorbild Frankreichs und Spaniens ausdrücken, in deren Volksfront man vor allem die endlich eingetretene antifaschistische Gegenoffensive und erste Ansätze zur Erneuerung der internationalen Arbeiterbewegung sah.

Das Zehn-Punkte-Programm der „Deutschen Volksfront“ umfaßte sowohl allgemein-demokratische, freiheitliche und sozialpolitische als auch dezidiert antikapitalistische Forderungen. Die antifaschistische Umwälzung wurde zwar von der sozialistischen Revolution abgesetzt, aber zugleich betonte man, daß sie ohne Eingriffe in das Sozialgefüge nicht denkbar sei (ähnlich die Gruppe Neu Beginnen). Die unausgesprochene Schlußfolgerung mußte lauten: Die antifaschistische Revolution beseitigt noch nicht den Kapitalismus, aber die Machtpositionen des Großkapitals und den tradierten Staatsapparat und schafft somit die Voraussetzung für den friedlichen Übergang zu einem deutschen Modell des Sozialismus. In der Tat wurden antifaschistischer und sozialistisch-proletarischer Kampf nicht gegenübergestellt, sondern als Einheit betrachtet. Die „Volksfront“ war hier der Zusammenschluß deutscher Sozialisten, die sich alle von der Tradition ihrer früheren Parteien (dem Reformismus der SPD, dem Linksradikalismus der KPD) gelöst hatten und der konsequentesten Individuen aus dem bürgerlichen Widerstand, wobei die „proletarische Einheit“ mit dem Ziel einer „revolutionär-marxistischen Einheitspartei“ eindeutig im Mittelpunkt stand. Von der Emigration verlangte man die Unterordnung unter den vermeintlichen Willen der Illegalen und die Auflösung der alten überlebten Parteien und Organisationen. An einem Volksfront-Programmwurf der KPD kritisierte man „die Emigrantenluft, die Erlebnisferne, die künstliche Konstruktion.“ „Er operiert noch mit der Vorstellung einer aktionsbereiten Masse – *die es aber nicht gibt*. Er glaubt, daß man durch Organisationsarbeit etwas erreichen könne, was nur durch *große geschichtliche Ereignisse* möglich ist.“ (56) Die „Deutsche Volksfront“ kritisierte auch die Fixierung der KPD auf die Sopade, der sie die Fähigkeit und das Recht bestritt, für die Sozialdemokraten im Widerstand zu sprechen.

Nun war die Folge des sich permanent verschärfenden NS-Terrors nicht nur die wachsende Entfremdung zwischen Emigration und Inland, sondern auch die zunehmende Isolierung der sozialistischen Widerstandszirkel von der realen Arbeiterklasse. Diese Entwicklung förderte elitäre Tendenzen unter der „Avantgarde“, den illegalen Gruppen, und Unverständnis für die angemessenen Kampfformen der Arbeiter. So wandte sich die „Deutsche Volksfront“ gegen die – im Zuge der Erreichung der Vollbeschäftigung zunehmenden – partikularen ökonomischen Kämpfe;

55 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf R. Gripenburg, Volksfront und deutsche Sozialdemokratie. Zur Auswirkung der Volksfronttaktik im sozialistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Marburg o. J., S. 70 ff., und Moraw, S. 47 ff.

56 Zit. nach Gripenburg, S. 75.

sie kämen verfrüht und gefährdeten die nur mühsam wiederentstehende Klassen-solidarität. Die antifaschistische Arbeit müsse vielmehr mit Aufklärungsarbeit beginnen (57). Dieses Konzept war allerdings nicht weniger künstlich als das der KPD: Das Charakteristische der Klassensituation im faschistischen Deutschland in der zweiten Hälfte der 30er Jahre bestand ja gerade darin, daß die spontanen Streiks und individuellen Widersetzlichkeiten, deren Anwachsen die Nazis mehr beunruhigte und die das System stärker gefährdeten als alle Widerstandsgruppen zusammen (58), mit den Resten der alten Arbeiterbewegung, auch wenn sie sich situationsangemessen neu konstituiert hatten, kaum etwas zu tun hatten. Die Neigung der „Widerstandselite“, in den zweifellos zersplitterten, aber immerhin wieder anwachsenden Arbeiterkämpfen – wobei der politische Widerstand ohnehin keine Möglichkeit hatte, diese zu lenken, d.h. zu bremsen oder voranzutreiben – vorwiegend das Negative zu sehen, zeigte, in welchem Maße es den Nazis gelungen war, eine Schere zwischen der „Vorhut“ und ihrer sozialen Basis zu öffnen.

Gleichzeitig mit der innerdeutschen Volksfrontgruppe bildete sich eine Volksfrontinitiative innerhalb der deutschen Emigration in Frankreich. Der Pariser „Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“, dessen Vorgeschichte und Gründung von Ursula Langkau-Alex in einer Dissertation eingehend untersucht wurden (59), verdankte seine Entstehung den Bemühungen von zwei Seiten: der Kommunisten und der im „Schutzverband Deutscher Schriftsteller“ zusammengeschlossenen linksliberalen Schriftsteller. Diese Emigranten-Volksfront, an deren Tagungen außer den beiden genannten Gruppen die SAP, einzelne Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid und zeitweise der ISK teilnahmen, war geradezu eine Karikatur auf die Front Populaire des Gastlandes. Dadurch, daß es den teilnehmenden Sozialdemokraten ebensowenig wie der KPD gelang, die Sopade für die Mitarbeit zu gewinnen, blieb der politisch relevanteste potentielle Partner ausgeschlossen und das Gewicht der Linksintellektuellen stieg weiter. Bemerkenswerterweise waren Arbeiter – die deutsche Emigration in Frankreich setzte sich zu 34 % aus Facharbeitern, zu weiteren 3 % aus ungelerten Arbeitern (wohlgermerkt: ohne hauptamtliche Arbeiterfunktionäre) zusammen (60) – in dem Ausschuß kaum vertreten.

Die dominierenden Literaten repräsentierten sicherlich die besten demokratischen Traditionen des deutschen Bürgertums wie der Ausschuß-Vorsitzende Heinrich Mann, aber gerade deswegen waren sie für keine gesellschaftlich gewichtige Gruppe des Groß- oder Kleinbürgertums im Reich repräsentativ. Sie hatten größtenteils während der Weimarer Zeit mit einer der Arbeiterparteien sympathisiert

57 Ebd., S. 84 f.

58 Dazu vor allem Mason, Arbeiterklasse; auch E. Behrens, Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff unter dem Nationalsozialismus, in: K. H. Roth, Die „andere“ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974, S. 120 ff.

59 Lankau-Alex (Anm. 51) für das folgende; auch dies., Deutsche Emigrationspresse (Auch eine Geschichte des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ in Paris), in: International Review of Social History Vol. XV (1970), S. 167 ff.

60 Langkau-Alex, Diss., S. 59

und wären vermutlich ebenso bereit gewesen, auch eine sozialistische Einheitsfront zu unterstützen wie eine Volksfront. Eine Reihe von Schriftstellern gehörte sogar einer Linkspartei an, trat aber dennoch als Bündnispartner dieser Parteien auf. So bleiben letztlich nur zwei Persönlichkeiten übrig, die echte Volksfrontpartner aus der Intelligenz waren: die beiden bürgerlichen nonkonformistischen Journalisten Georg Bernhard und Leopold Schwarzschild. Aber auch sie konnten in keiner Weise als Repräsentanten irgendwelcher relevanter Kräfte in Deutschland gelten. Sie beschäftigten sich hauptsächlich mit der Erstellung von Verfassungsentwürfen, die ausgeprägt autoritäre Züge trugen, bis Schwarzschild, maßgeblich aufgrund einer nur halbpolitischen Emigranten-Affäre, aus dem Ausschuß ausschied und wieder in seine frühere antikommunistische Haltung zurückfiel.

Die Kommunisten hatten sich anlässlich der Bildung des Volksfrontausschusses auf die „demokratische Republik“ festgelegt. Angesichts des spanischen Modells, das sie als Vorbild für ein deutsches Volksfrontregime hinstellten, sprachen sie seit Anfang 1937 dann von der „demokratischen Volksrepublik“ (61). Die SAP wurde im Zusammenhang mit ihrer Unterstützung der spanischen POUM und ihrer Kritik an den Moskauer Prozessen der Begünstigung des Trotzismus und damit Hitlers und Francos gescholten. Ironischerweise waren es gerade solche grotesken Angriffe gegen den linken Flügel des Ausschusses, der die Sozialdemokraten und andere, die durch die Ausschaltung der SAP eigentlich enger an die KPD gebunden werden sollten, abstieß. Schon 1937 war die Emigrantenvolksfront wenig mehr als ein Aushängeschild und Rekrutierungsfeld für die KPD. Nicht einmal die vorgeschlagenen Minimalaufgaben wie die Einleitung einer praktischen Zusammenarbeit bei Hilfsleistungen für die Illegalen waren gelöst worden.

Einem neuen Ansatz der KPD zu einem breiten antinazistischen Bündnis war in der Periode des Hitler-Stalin-Pakts ein Rückfall in quasi Sozialfaschismus-Polemik vorausgegangen, kombiniert mit einer Nazideutschland gegenüber wohlwollenden Neutralität im Krieg und der Propagierung eines neuartigen Bündnisses mit sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Werktätigen zur Garantie des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion und gegen die Feinde dieses Bündnisses (die „Thyssen-Clique“) (62). Diese Periode erneuerter Erzfeindschaft zwischen SPD und KPD (nicht nur in der Emigration) hinterließ ihre Spuren; in ihr machte die Annäherung der linkssozialistischen Gruppen SAP, ISK und Neu Beginnen an die Sopade einen qualitativen Sprung. Erst der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22.6.1941 schuf die Voraussetzungen für die Wiederanknüpfung der KPD an die Volksfrontpolitik der Vorkriegszeit. Die von den europäischen Kommunisten favorisierten Bündnisse sollten nach den Vorstellungen Moskaus jetzt auf noch breiterer Basis stehen und – mindestens in den besetzten Ländern – alle „patriotischen“ Kräfte einschließen. Eine entsprechende Ausweitung schien den Sowjetführern auch

61 Sywottek, S. 71 ff.

62 W. Ulbricht gebrauchte diesen Ausdruck – Thyssen war gerade aus Deutschland geflohen – im Februar 1940 in einem Artikel in der „Welt“, der – zusammen mit einer Erklärung linkssozialistischer Organisationen dazu – bei Kliem, S. 50 ff. des Anhangs, dokumentiert ist. Siehe auch Sywottek, S. 101 ff.; Duhnke, S. 333 ff.

bezüglich Deutschlands geboten, nachdem die anfänglichen Bemühungen, die deutschen Soldaten und die Heimatfront propagandistisch zu beeinflussen, insgesamt erfolglos geblieben waren. Die unmittelbare existenzielle Bedrohung der Sowjetunion war zwar mit der Schlacht um Stalingrad abgewendet, aber die enormen Opfer an Menschen und materiellen Gütern nötigten dazu, alle Friedensmöglichkeiten auszuloten. So entstand der Plan, sich direkt an den in sowjetischer Gefangenschaft befindlichen Teil des deutschen Offizierskorps zu wenden, dem bei erfolgreicher Beeinflussung ihrer kämpfenden Standesgenossen zwecks „Rückführung der Truppen hinter die Reichsgrenze“ und des Sturzes der Hitler-Regierung eine günstige Grenzziehung nach Kriegsende und die Erhaltung der Wehrmacht als eines innenpolitischen Machtfaktors in Aussicht gestellt wurde. Der „Bund deutscher Offiziere“ und das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) (63), das außer in Gefangenschaft geratene Offiziere und kriegsgefangene Soldaten vorwiegend deutsche Exilkommunisten umfaßte, konnte auf die bis in die Zeiten der antinapoleonischen Befreiungskriege zurückreichenden Traditionen deutsch-russischer Waffenbrüderschaft verweisen, an die die Sowjets nicht ohne Geschick anknüpften. Unter der schwarz-weiß-roten Fahne des NKFD versicherten sich die deutschen Offiziere und Kommunisten, 1918 dürfe sich nicht wiederholen, wobei erstere die Revolution, letztere wohl eher die Halbheiten der Revolution im Auge hatten (64). Der Zynismus der kommunistischen Bündnispolitik hatte eine neue Stufe erreicht.

Da es dem NKFD nicht gelang, auf die kämpfende Truppe einzuwirken, blieb die Verständigung mit den deutschen Offizieren eine Episode, und das NKFD bekam nach dem Treffen Roosevelts, Churchills und Stalins in Teheran im Dezember 1943 nur noch eine Hilfsfunktion für die sowjetische Propaganda und die „Umschulung“ von Kriegsgefangenen zugeteilt. Andererseits drangen wieder stärker plebiszitäre Elemente in die Programmatik und Propaganda der KPD – und zugleich des NKFD – ein: Ab Anfang 1944 wurde zur Bildung von „Volksausschüssen“ in Deutschland zum Sturz des Hitlerregimes aufgerufen, deren Funktion ähnlich gesehen wurde wie die acht Jahre zuvor propagierten „Volksausschüsse“. Die Programmwürfe der KPD für einen „Block der kämpferischen Demokratie“ vom Herbst 1944 (65) machten deutlich, daß unter der „demokratischen Republik“ bzw. „Volksrepublik“ kein parlamentarisches, aber auch kein Räte-System, sondern eine hinter der Fassade allgemeiner antifaschistisch-demokratischer Ziele versteckter Parteiherrschaft der KPD verstanden wurde.

In der Westemigration stieß die NKFD-Politik bei Sozialdemokraten und Linkssozialisten auf Mißtrauen und erschwerte daher eher die Position der KPD, zumal sich bald zeigte, daß die Kommunisten entsprechend den Interessen der Sowjetunion

63 Für dieses Kapitel kommunistischer Politik neben Sywottek, S. 123 ff., B. Scheurig, Freies Deutschland, Das Nationalkomitee und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion, 1943 - 1945, München 1960, und E. Weinert, Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1943 - 1945. Bericht über seine Tätigkeit und seine Auswirkung, Berlin 1957, (verf. 1945).

64 Sywottek, S. 134.

65 Abgedruckt bei H. Laschitzka, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969, Anhang.

schnell von Patriotismus auf Kollektivschuldthese und Bejahung territorialer Abtretungen Deutschlands umschwenkten. Im kommunistischen Widerstand, der nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR einen Aufschwung nahm und 1943/44 wieder in der Lage war, ein reichübergreifendes Kommunikationsnetz mit regionalen Schwerpunkten in Berlin/Brandenburg, Sachsen und Thüringen aufzurichten, dominierten KPD-traditionalistische Strömungen, die teilweise mit dem Gedanken spielten, den Krieg gegen die Westmächte nach der erstrebten sozialistischen Umwälzung an der Seite der Roten Armee fortzusetzen. Selbst ein schließlich verabschiedetes Kompromißdokument wollte eine NKFD-Regierung nur als kurze Etappe auf dem Weg zur proletarischen Revolution, als eine deutsche Kerenski-Periode, gelten lassen. Im Zusammenhang mit dem 20. Juli-Putsch wurde diese letzte bedeutende KPD-Organisation zerschlagen (66).

Arbeiterbewegung im Umbruch

Die NKFD-Propaganda für die Bildung von Volksausschüssen und eine Erhebung des deutschen Volkes wurde für die Sowjetunion funktionslos, als die Komplizierung der deutschen Situation durch Bildung eigener Organe des werktätigen Volkes den militärischen Nutzen eines Aufstandes aus sowjetischer Sicht überwog. Das war der Fall nach der Jalta-Konferenz mit ihrer Einteilung von Einflußsphären in Europa: Die Aufstands-Propaganda wurde eingestellt. Zwar ist dieser Schritt bezeichnend für die sowjetische Deutschlandpolitik im und nach dem Zeiten Weltkrieg, aber er war gewiß nicht ursächlich verantwortlich für das Ausbleiben relevanter Aktionen der deutschen Antifaschisten zur Beendigung des Krieges, sondern reflektierte dieses. Stimmungsberichte sprechen sogar dafür, daß — nach einem vorübergehenden Ablösungsprozeß der meisten Deutschen vom NS-Regime in der ersten Jahreshälfte 1943 — die Bindung der Bevölkerung an die Diktatur während des Jahres 1944 eher wieder stärker wurde (67). Die ersten Erfahrungen mit der Roten Armee in Ostdeutschland, von den Flüchtlingen im ganzen Reich verbreitet, stachelten die Furcht vor „den Russen“ und dem Widerstandswillen der Soldaten an der Ostfront gewaltig an. Die Unfähigkeit des Volkes, namentlich der Arbeiterklasse, zu einer den Krieg beendenden Aktion selbst in der Phase, da seine Fortführung ganz aussichtslos geworden war, verweist auf die zugrundeliegenden sozialen Prozesse:

Die Integration der Mehrheit der Arbeiter in die Wehrmacht, die aus hier nur

66 Duhnke, S. 485 ff.; G. Rossmann, Der Kampf der KPD um die Einheit aller Hitlergegner, Berlin (Ost) 1963; H. Weber (Hg.), Aus dem Kadermaterial der illegalen KPD 1943, in: VfZ 20 (1972) S. 422 ff.; G. Glondajewski/G. Rossmann, Ein bedeutungsvolles politisches Dokument, in: BzG 8 (1966) S. 644 ff.

67 H. Boberach (Hg.), Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939 - 1944, Neuwied/Berlin 1965; M. G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970.

Zu dieser Problematik aus Sicht eines ehemaligen sowjetischen Offiziers jetzt die Erinnerungen von L. Kopelew, Aufbewahren für alle Zeit, Hamburg 1976, S. 55 ff.

anzudeutenden Gründen (gute Verpflegung, relativ geringe und daher wenig provozierende Privilegierung der Offiziere, Beteiligung an Kriegsverbrechen) regimestabilisierend wirkte, und die Ersetzung der Eingezogenen durch Kleinbesitzer (deren Betriebe geschlossen wurden), bis dahin berufslose Frauen, KZ-Häftlinge und vor allem Ausländer, die 1944 ca. ein Drittel der Industriearbeiter stellten, bedeuteten massive Umschichtungen innerhalb der Arbeiterklasse. Die Fremdarbeiter, Kriegsgefangenen und Häftlinge verrichteten durchweg minderqualifizierte und schlechter bezahlte Arbeiten, wurden von den deutschen Kollegen isoliert und einer – in sich noch abgestuften – besonderen Unterdrückung und hemmungslosen Ausbeutung unterworfen, die mehrere Millionen Menschen das Leben kostete. Demgegenüber wurden die deutschen Arbeiter in wachsendem Maße in dem betrieblichen Repressionsapparat einbezogen und mit Überwachungstätigkeiten betraut. Die Tendenz, den Deutschen zum „Vorarbeiter Europas“ zu machen, war in den einzelnen Industrien und Regionen unterschiedlich weit fortgeschritten, wirkte sich aber unverkennbar zu Ungunsten von Klassenaktionen aus. Über 90 % der wegen Streikaktionen Verhafteten waren 1944 Ausländer (68). Auch nach der Besetzung Deutschlands gelang nur vereinzelt eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern.

Neben der Klassenspaltung war es vor allem die durch das Ineinandewirken der im nationalsozialistischen Herrschaftssystem des „totalen Krieges“ angelegten und der durch Kriegseinwirkung hervorgerufenen territorialen und institutionellen Zersplitterung der deutschen Gesellschaft in der Endphase der NS-Diktatur, die einer nationalen Aktion zur Beendigung des Krieges entgegenwirkte (69). Die Bildung gleichsam autarker Inseln durch die Zerstörung der Verkehrswege fixierte das Handeln beider Hauptklassen auf die lokale Ebene. Hier kam es dann auch vielfach zu erfolgreichen Versuchen von Unternehmern und/oder überlebenden Kadern der Arbeiterbewegung (zum Teil im Zusammenwirken), die Verbrannte-Erde-Befehle Hitlers zu hintertreiben und eine kampfflose Übergabe an die Alliierten zu ermöglichen.

Spätestens nach der Besetzung entstanden praktisch überall in Deutschland – in Großbetrieben, Stadtteilen, aber häufig auch auf gesamtstädtischer, in einigen Fällen sogar auf regionaler Ebene – sogenannte Antifaschistische Ausschüsse (70), organisiert vorwiegend von früheren unteren Funktionären der KPD, der SPD, der Splittergruppen, der Gewerkschaften und der Betriebsräte, die in einigen Fällen durchaus über eine Massenbasis verfügten und zum Teil früher nicht organisierte Arbeiter und

-
- 68 G. Weisenborn, *Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933 - 1945*, Hamburg, 1953, S. 150. Für das vorausgegangene neben Behrens/Roth, S. 131 ff., vor allem K. Drobisch/D. Eichholz, *Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des zweiten Weltkriegs*, in *ZfG* 18 (1970), S. 626 ff.
- 69 Die „Zersplitterungsthese“ wurde von H. Dröll systematisch in seiner Frankfurter Examensarbeit, *Bedingungen der Reorganisation und erste spontane Organisationsformen der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch des Faschismus*, entwickelt. Sie liegt auch dem Kapitel über die Zusammenbruchkrise in: L. Niethammer/U. Borsdorf/P. Brandt (Hg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976, zugrunde.
- 70 Für das folgende L. Niethammer/U. Borsdorf/P. Brandt. Dort umfassendes Quellen- und Literaturverzeichnis.

antinazistische Teile der Mittelschichten einbezogen. Entsprechend der vorgefundenen Situation konzentrierten sich die Ausschüsse darauf, das Überleben der Bevölkerung zu sichern (Enttrümmerung und dringendste Reparaturen, Schutz vor Plünderungen, Bergung und Bestattung der Toten, Organisation und Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung und Heizmaterial usw.) und eine spontane „Entnazifizierung“ von unten einzuleiten; als gefährlich angesehene Nazis und solche, die sich Verbrecen hatten zuschulde kommen lassen, als Denunzianten hervorgetreten waren etc., wurden festgenommen und den Besatzungsmächten übergeben, die übrigen zu Zwangsarbeiten eingesetzt. Die „Antifas“, wie die Amerikaner sie nannten, waren ein erster Ansatz räteähnlicher Organe; der Augenzeuge Paul Sweezy, 1945 Offizier des amerikanischen Geheimdienstes OSS, sah in ihnen „eine genuine Wiederbelebung revolutionärer Aktivitäten der Arbeiterklasse.“ (71)

In den Westzonen wurden die Ausschüsse bereits im Frühjahr, spätestens im Sommer durch die Besatzungsmächte und die Auftragsverwaltungen, die die basisdemokratische Dynamik der Ausschüsse erkannten, verboten oder zu reinen Hilfsorganen offizieller Institutionen umgebogen. In dem von der Roten Armee besetzten Gebiet, wo seit Anfang Mai drei „Initiativgruppen“ deutscher Kommunisten aus dem sowjetischen Exil tätig waren, gingen diese ebenfalls daran, alle Ausschüsse aufzulösen und deren personelles Potential in die Verwaltungen zu übernehmen, denen jetzt absoluter Vorrang zukam. Dabei entsprachen die Antifas in ihrer Zielsetzung, soweit überhaupt schriftlich fixiert, weitgehend den vom NKFD propagierten Volksausschüssen. Die überlebenden Kader der Arbeiterbewegung im Reich waren durch die Konfrontation mit der gesellschaftlichen und politischen Realität des Faschismus, insbesondere in der Zusammenbruchskrise, auf eine Programmatik gelenkt worden, die im weiteren Sinne Volksfront-Charakter hatte. In den wenigsten Fällen lag der Grund für diese zunächst frappierende Übereinstimmung (Verzicht auf die sozialistische Umwälzung für die nächste Periode stattdessen Konzentration auf Beseitigung der materiellen Verwüstungen und Personalsäuberungen; auf dieser Basis Hervorhebung allgemein-antifaschistischer statt klassenpolitisch-sozialistischer Ziele) in Einflüssen der Emigration. Vielmehr reflektierte die reduzierte Programmatik der Antifas konkrete Erfahrungen, die sich auf den ersten Blick mit einem bestimmten taktischen Konzept der Exil-KPD deckten. Die Kommunisten hätten die Antifas als „Volksfront von unten“ betrachten, ausbauen, zusammenfassen und weiterentwickeln können. Alles das schien nun aber nicht mehr nötig, da die Rote Armee im Lande war, so daß die Rücksichtnahme auf die Basisbewegung der Antifas nur Risiken mit sich gebracht und die Konzentrierung aller Kräfte auf die Stadtverwaltungen infrage gestellt hätte. Hier wird wiederum die alleinige Ausrichtung der Politik der deutschen Kommunisten an den Bedürfnissen der Sowjetunion deutlich, die einen Aufbau des gesamten politischen Lebens der Ostzone von oben unter ihrer Kontrolle als die einfachste und ihren Interessen adäquateste Lösung betrachtete. Die Einheitsfront- und Volksfrontpolitik in ihrer ursprünglichen Formulierung wurden hier ins Gegenteil verkehrt: die Partner nicht mehr durch Überzeugung der Massen, son-

71 P. M. Sweezy, *The Present as History*, New York 1953, S. 249.

dern durch Druck auf die Führer und Funktionäre in die antifaschistische Politik einbezogen. Die Tatsache, daß der Prozeß der Umwandlung Ostdeutschlands in eine nichtkapitalistische Gesellschaft bürokratisch-kollektivistischen Typs hinter der Fassade antifaschistisch-demokratischer Parolen vor sich ging (71 a), war geeignet, nicht nur den Sozialismus, sondern auch jede *demokratische* Bündnispolitik der Linken in Deutschland gründlich zu diskreditieren.

Ein maßgebliches Motiv der Antifa-Bestrebungen war das Verlangen nach Einheit der Arbeiterbewegung, deren Verwirklichung bei Kriegsende wahrscheinlich die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten als „Lehre“ aus dem Sieg des Faschismus und als Vermächtnis der Widerstandskämpfer und Verfolgten betrachtete. Auf gewerkschaftlicher Ebene kam diese Einheit tatsächlich zustande, geriet jedoch im Westen rasch wieder unter die Kontrolle einer sozialdemokratisch ausgerichteten verselbständigten Führung; im Osten diente die Einheitsgewerkschaft als „Transmissionsriemen“ zwischen Partei und Arbeiterklasse und ging nach und nach jeder Autonomie verlustig (72). Auf parteipolitischer Ebene war der Erfolg Kurt Schumachers bei der antikommunistischen Formierung der SPD nur möglich, weil die KPD in den ersten Wochen und Monaten alle Angebote von sozialdemokratischer Seite, sich umgehend zu einer Arbeiterpartei zusammenzuschließen, übergang, bereits bestehende Einheitsparteien auflöste und durch den Wiederaufbau ihrer Parteiorganisationen den prinzipiellen Gegnern der Einheit innerhalb der SPD die nötige Verschnaufpause gab, um Verbindungen zu knüpfen und zur Gegenoffensive überzugehen (73). Die KPD meinte mit ihrer „Klarheit“, die vor der „Einheit“ hergestellt werden müsse, schwerlich kommunistische Programmatik. Vertreter sozialistischer Forderungen waren „Linkssektierer“, die durch die Hereinnahme von „Antifaschisten“ in die Partei neutralisiert werden sollten (74). Vielmehr ging es um die Disziplinierung der eigenen Anhängerschaft. Die kommunistische Einheitskampagne begann, als in der Bevölkerung der SBZ, nicht zuletzt unter den Arbeitern, und bei den Sozialdemokraten die Abneigung gegen die „Russen-Partei“ wuchs. Die nur durch Druck erzwungene Vereinigung zur SED in der Ostzone tötete zugleich die Einheitsbewegung im Westen. Die Urabstimmung der Westberliner SPD am 31. März 1946 – im Ostteil der Stadt wurde die Abstimmung von den Sowjets unterbunden – zeigte das Dilemma der sozialdemokratischen Basis, die eine Zwangsvereinigung unter der Führung der von der Sowjetunion gesteuerten KPD nach den Erfahrungen des ersten Nachkriegsjahres entschieden ablehnte (82,2 % der abgegebenen Stimmen), aber mehrheitlich immer noch ein „Bündnis“ mit der KPD befürwortete (61,7 %). Dem

71 a Staritz, passim. Zum Konzept des „bürokratischen Kollektivismus“ als Klassengesellschaft neuen Typs A. Carlo, Politische und ökonomische Struktur der UdSSR (1917 - 1975). Diktatur des Proletariats oder bürokratischer Kollektivismus, Berlin (West) 1972.

72 J. Klein, Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter Hand in Hand gegen die Arbeiter, Hamburg 1974; B. Sarel, Arbeiter gegen den „Kommunismus“, München 1975; Staritz, S. 102 ff.

73 Moraw, S. 65 ff.; A. Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964; P. Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau-Ausprägung-Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976, S. 167 ff.

74 Siehe z. B. Ulbricht an Pieck, 17.5.1945, in: ders. (Anm. 1), S. 205.

Aufruf des vereinigungsbereiten „Zentralausschusses“ der SPD um Otto Grotewohl, der Urabstimmung fernzubleiben, folgten knapp 30 % der Westberliner Sozialdemokraten (75). Statt die Spaltung der Arbeiterbewegung aufzuheben, wobei die Motive dieses Strebens stark emotional bestimmt und politisch durchaus nicht einheitlich waren, fügte die SED-Gründung der richtungsmäßigen Spaltung eine geographische hinzu.

Die Block-Konzeption, die in der Ostzone die Parteidiktatur der zur SED erweiterten KPD verschleierte, hatte in den Westzonen den gegenteiligen Effekt. Sie veranlaßte die Kommunisten, wenn möglich, zur Teilnahme an Koalitionsregierungen auf lokaler und Länderebene, wo sie angesichts ihrer Schwäche und der Anwesenheit westlicher Besatzungsmächte kaum Einfluß auf die allgemeine Richtung der Politik nehmen konnte. Zudem diskreditierte sich die KPD durch die anfängliche maßgebliche Beteiligung an der westalliierten „Entnazifizierung“ (76). Eine „nationale“ Wende der KPD-Politik Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre zur Einheit aller „Patrioten“ gegen den US-Imperialismus bei gleichzeitigen ultralinken Tendenzen in der Gewerkschaftsarbeit (77) beschleunigte eher den Abstieg der Partei zur Bedeutungslosigkeit schon vor ihrem Verbot. Die Identifikation mit der durch die Abtrennung der Oder-Neiße-Gebiete und anschließende Vertreibung der Deutschen, durch besonders brutales Auftreten der sowjetischen Truppen bei der Eroberung Ostdeutschlands, durch rücksichtslose Demontagen und Reparationen aus der Produktion usw. belasteten UdSSR, machte jeden nur denkbaren tatkräftigen Schritt weitgehend wirkungslos. Die insofern, begünstigt durch den wirtschaftlichen Aufschwung im Westen, objektiv begründete „Sozialdemokratisierung“ der KPD-Anhänger – 1946/47 konnte die KPD noch auf ca. 10 % der Wähler in den Westzonen rechnen und dominierte in vielen Großbetrieben, 1953 erhielt sie noch 2,2 % der Stimmen bei entsprechender Verringerung ihres Einflusses in Betrieben und Gewerkschaften – machte die SPD in den 50er Jahren zur Einheitspartei der westdeutschen Arbeiter. Ihre auf der spezifischen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Situation in der Bundesrepublik beruhende Dominanz über die Arbeiterbewegung, vor allem vermittelt der Gewerkschaftsführung, wurde auf parteipolitischer Ebene zum zentralen bündnisstrategischen Problem der westdeutschen Linken.

Fragestellungen linker Bündnispolitik heute

Die politische Praxis der KPD zu Beginn der 20er Jahre hat gezeigt, daß konsequente Einheitsfrontpolitik dazu tendiert, sowohl die Führungsrolle der Kommunistischen

- 75 Absolute Zahlen z. B. in F. Osterroth/D. Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 412.
- 76 L. Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt/M. 1972, bes. S. 338 ff.
- 77 Marxistische Aufbauorganisation, Die Krise der kommunistischen Parteien. Probleme der gegenwärtigen Revisionismuskritik, München/Erlangen 1973, S. 77 ff.; T. Fichter, Betriebspolitik der KPD nach 1945. Am Beispiel der Firma Bosch, in: ders./E. Eberle, Kampf um Bosch, Berlin (West) 1974, S. 115 ff.

Partei innerhalb der Klasseneinheit als auch die Beschränkung der Bündnispolitik auf die Arbeiterklasse infrage zu stellen. Gesellschaftliche Erfahrungen werden nicht nur vom Proletariat, sondern auch von anderen Klassen und Schichten des Volkes gemacht. Aufgabe jeder linken Bündnispolitik muß es sein, auf der Grundlage dieser sozialen Erfahrungen alle in irgendeiner Weise ausgebeuteten, unterdrückten und unterprivilegierten Teile des Volkes in den Klassenkampf der Arbeiter gegen das Kapital zu integrieren. Diese Aufgabenstellung ist denn auch das einzige, das die traditionelle Einheitsfront- und Volksfrontpolitik mit den aktuellen Aufgaben linker Bündnispolitik verbindet. Erstere konnte sich auf eine minoritäre Massenpartei der Arbeiter stützen, die alle potentiellen Bündnispartner als Objekte ihrer Politik betrachtete. Dieses Subjekt fehlt gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht nur empirisch; das Auftauchen der DKP und der K-Gruppen hat auch dazu beigetragen, den Führungsanspruch einer Partei mit der angeblichen „korrekten“ Linie wieder in stärkerem Maße grundsätzlich zu bestreiten. Alle historischen Erfahrungen – nicht zuletzt die gegenwärtigen Entwicklungen in den lateineuropäischen Ländern – verweisen uns auf ein pluralistisches Bündnismodell, das über den Rahmen der Arbeiterklasse hinausreicht. Es widerspräche den Interessen der sozialistischen Bewegung, ihrer Zielsetzung nach echte *Volkskämpfe* (z.B. die Auseinandersetzung um die Errichtung von Kernkraftwerken, der Widerstand gegen die Erhöhung von Verkehrstarifen usw.) in ein klassenpolitisch-proletarisches Korsett zwingen zu wollen. Im Gegenteil: es gilt, die weitgehende und zunehmende Gemeinsamkeit von Interessen und Bedürfnissen der Werktätigen und der Mittelschichten gegenüber den destruktiven Tendenzen des modernen Kapitalismus zu unterstreichen und in Aktionen umzusetzen, ohne partielle Divergenzen zu übertünchen. Solche Interessenunterschiede, wie sie etwa zwischen den Lohnabhängigen als Konsumenten und den Bauern als Produzenten auftreten, sind im Rahmen des Kapitalismus auch durch die raffinierteste Taktik nicht aus der Welt zu schaffen. Doch zeigen sich Widersprüche auch innerhalb der Arbeiterklasse selbst. Das Scheitern des Ford-Streiks 1973 findet seinen tieferen Grund nicht im „Verrat“ des Betriebsrats oder einer kleinen Gruppe von „Arbeiteraristokraten“, sondern in der aus objektiven Gründen mangelnden Identität der Forderungen – vorwiegend ausländischer – angelernter Fließbandarbeiter und einheimischer Facharbeiter. Letztere nun einfach zu einer absterbenden Spezies mit entsprechendem reaktionären defensiven Sozialverhalten zu erklären, würde nicht nur die sozioökonomischen Trends unzulässig vereinfachen, sondern hieße, die Bewegung des „multinationalen Massenarbeiters“ bestenfalls zu einer nicht nur aktuell, sondern langfristig minoritären und isolierten, darum politisch aussichtslosen Dauerrebellion zu verdammen.

Die Ablehnung des bolschewistischen Bündnismodells bedeutet allerdings die Zurückweisung der anmaßenden Regulierung spontaner Kämpfe durch eine „Partei der Arbeiterklasse“; es kann sich auch nicht darum handeln, besonders unterdrückten Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes das Recht auf Rebellion, unabhängig von „höheren“ politischen Zielen, zu bestreiten. Aber Sozialisten haben die Aufgabe, diese absolut legitimen Artikulationen mit dem strategischen Ziel der Klasseneinheit und Volkseinheit gegen das kapitalistische System in Beziehung zu setzen. Die Mytho-

logisierung der „anderen Arbeiterbewegung“ (78) ist insofern in ihrer politischen Wirkung noch schädlicher als die traditionelle marxistische Verachtung für das Kleinbürgertum.

Von den bereits durch die Praxis und konzeptionelle Ausarbeitung der Einheitsfrontpolitik 1921 - 23 aufgeworfenen Problemen jenseits der Arbeitereinheit, die dann zwölf Jahre später unter der Parole der Volksfront wieder aufgegriffen wurden – deren vollständiger Mißerfolg resultierte, wie zu zeigen versucht wurde, nicht aus der Benennung der Probleme und ihrer bündnispolitischen Aspekte als solcher, sondern aus ihrer Verknüpfung mit außenpolitischen Interessen der UdSSR statt ihrer Ableitung aus praktischen Erfahrungen und Realanalysen der deutschen Gesellschaft – , kann keines heute als auch nur theoretisch bewältigt gelten. Insofern haben uns die bündnispolitischen Experimente während der 20er und 30er Jahre auch heute noch etwas zu sagen. Die wichtigste Lehre: großartige Resolutionen, Deklarationen, Aufrufe nützen gar nicht, wenn dahinter nicht bestimmte gemeinsame Interessen – *erfahrere* Interessen – stehen. Viel relevanter als die Formulierung von Bündnisangeboten an „das Volk“ ist die Liquidierung einer Haltung, die in allen nichtproletarischen Klassen und Schichten nur Objekte der Politik sieht, denen gegenüber eine „kluge Taktik“ in Anwendung zu bringen sei, um sie zu „neutralisieren“. Den Vorwurf populistischer Abweichung von der „proletarischen Klassenlinie“ nehme man in Kauf: Jede revolutionär Massenbewegung ist bis zu einem gewissen Grade „populistisch“, und wer die nichtproletarischen Massen lediglich als Manövriermasse betrachtet, wird auch dazu neigen, die reale Arbeiterbewegung zu verklären, um deren Unvollkommenheit schließlich terroristisch zu korrigieren.

Im hochentwickelten Kapitalismus der Bundesrepublik besteht das zentrale bündnisstrategische Problem nicht mehr in der Gewinnung der selbständigen Mittelschichten (obwohl etwa die Bauernfrage damit keineswegs erledigt ist), sondern in der Vereinheitlichung der über 80 % lohnabhängig Beschäftigten. Damit ist Bündnispolitik zwar unkomplizierter geworden, denn in den Gewerkschaften gibt es bereits ein Instrument, diese Vereinheitlichung voranzutreiben. Es besteht jedoch die Gefahr, aufgrund des gemeinsamen Lohnabhängigen-Status der großen Bevölkerungsmehrheit die Nicht-Identität ihrer Interessen zu übersehen, aus der sich ja erst die speziellen *Bündnis*aufgaben ergeben.

Wie gegenüber den Mittelschichten ist jeder Dogmatismus auch gegenüber den bürgerlichen Parteien fehl am Platze, insbesondere wenn organisierte werktätige Gruppen in ihnen wirken. Das Hauptproblem der westdeutschen Linken in ihrem Verhältnis zu den etablierten Parteien besteht eindeutig darin, eine emotionale und sektie-

78 Heinrich Böll stellt in seinem Nachwort zu Kopelew die simple, aber umso berechtigtere Frage (S. 599): „Hat man sich je überlegt, ist man sich je klar geworden innerhalb der westlichen Kommunistischen Parteien, innerhalb der gesamten ‚linken‘ internationalen Szene, warum Deutschland, das einst die stärkste KP hatte, auf die man viele Hoffnungen setzte, nach 1945 die schwächste kommunistische Bewegung gehabt hat – *trotz* aller Einsicht in den Wahnsinn des Faschismus? Ob für die überlebenden und heimkehrenden Kommunisten dieser Anschauungsunterricht nicht weitaus abschreckender war als aller gepredigter Antikommunismus – und wie viele ehemaligen Kommunisten haben in ihn eingestimmt?“

rische Haltung gegenüber der SPD zu überwinden – unabhängig davon, ob es sich nun um eine „bürgerliche Arbeiterpartei“, um eine „bürgerliche Partei, die sich auf die Arbeiter stützt“, oder um eine „vollständig bürgerliche Partei“ handelt, in jedem Fall geht es um ihre Anhänger und Mitglieder, die die relativ politisierteren Teile der Arbeiterklasse und der Werktätigen ausmachen. Dennoch gibt es keinen Grund, die parteitaktisch motivierte Verfehlung christlich-demokratischer Werktätiger und ihrer Vertrauensleute in Betriebsräten und Gewerkschaften mitzumachen, sofern sich diese nur aus deren Parteimitgliedschaft ergibt. Im übrigen kann es sich für uns auf absehbare Zeit nicht um ein Bündnis zwischen Parteien handeln, sondern „nur“ um ein Beziehungsnetz sozialer Erfahrungen, um die praxisbezogene Kommunikation zwischen Basisansätzen verschiedensten Ursprungs und deren Verbindung mit einer offenen Diskussion theoretisch-analytischer und strategisch-taktischer Probleme. Daß die undogmatische Linke dabei von der DKP – von noch kleineren „Parteien“ können wir dabei getrost absehen – überspielt oder ins Schlepptau genommen wird, ist desto unwahrscheinlicher, je klarer wir uns die absolute Unselbständigkeit dieses politischen Gebildes vor Augen führen und unsere Hauptkritik daran festmachen statt an ihrem „Revisionismus“.

Was unsere Stellung zur Verteidigung des Rechtsstaates und der demokratischen Freiheiten angeht, die durch die verschärfte politische Repression seit Anfang der 70er Jahre wieder am praktischer Bedeutung gewonnen hat, so erweist sich die – zum Teil gewiß zu wenig reflektierte – Hinwendung der westeuropäischen kommunistischen Parteien zu den politischen Prinzipien der parlamentarischen Demokratie bei vielen offenbar eher als Hindernis für eine mehr als defensive Berufung auf die vermeintlichen Errungenschaften der bürgerlichen Emanzipation. Tatsächlich sind viele der heute als konstitutive Merkmale der bürgerlichen Demokratie geltenden Rechte erst von der modernen Arbeiterbewegung erkämpft worden, wie z. B. das Koalitionsrecht und das allgemeine Wahlrecht. Ohne die radikaldemokratische Kritik am Parlamentarismus zurückzunehmen, muß festgestellt werden, daß kein anderes bestehendes politisches System, am wenigsten der „reale Sozialismus“, ein entsprechend hohes Maß an Rechtssicherheit und politischen Spielraum für die spontanen Kämpfe und die Organisierung der Arbeiterklasse garantiert. Damit ist das Problem gewiß nicht erschöpft, eigentlich beginnt es an dieser Stelle überhaupt erst. Indessen scheint es mir zunehmend unfruchtbar zu sein, der gesellschaftlich-politischen Realität in West und Ost mehr oder weniger idealtypische Utopien (von der Parteidiktatur altstalinistischen Charakters bis zur Auflösung des Staates in der Assoziation freier Individuen) gegenüberzustellen, ohne wirkliche Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß bisher in keinem einzigen „sozialistischen“ Land die demokratischen Rechte des Volkes und die Arbeiterdemokratie realisiert sind. Es handelt sich hier um eine grundsätzliche Frage, die weit über taktische Überlegungen hinausgeht.

Das gilt ebenso für das nationale Problem Deutschlands: Das oben aufgezeigte Fehlen einer nationalen Identität der deutschen Linken mit seinen objektiven Gründen steht in auffälligem Gegensatz zur Verwurzelung der sozialistischen Bewegung in der nationalen Tradition nicht nur unterdrückter, wirtschaftlich zurückgebliebener und kleiner Länder, sondern auch Italiens, Frankreichs, ja selbst Großbritanniens.

Dieses alte Dilemma der deutschen Linken wurde natürlich durch das Ausbleiben einer Volkserhebung am Ende des Zweiten Weltkriegs (im Unterschied zu den besetzten Ländern), das die Sozialisten aller Tendenzen nach der „Befreiung“ zur Zusammenarbeit mit den Okkupationsmächten nötigte, erheblich verschärft. Aber auch die bürgerlichen Kräfte – vor allem in den Westzonen – suchten die Kollaboration und waren dabei oft wesentlich nachgiebiger. In der Tat hatte das Ende des Deutschen Reiches auch deren nationale Identität mit der – wenigstens äußerlich – definitiven Beendigung der preußisch-deutschen Traditionslinie infrage gestellt. Der Separatstaatspatriotismus des Adenauer-Regimes, an den die heutigen CDU/CSU-Führer anzuknüpfen versuchen, war zum geringsten Teil traditioneller deutscher Nationalismus, überwiegend Antikommunismus und Abendlandideologie. Diesem pro-westlichen bundesrepublikanischen Staatsbewußtsein setzte die SPD während der 50er Jahre ihre nationalstaatliche Wiedervereinigungspolitik entgegen, fand damit jedoch mehr Resonanz in Ost- als in Westdeutschland. Sowenig es der SPD in den 50er Jahren gelang, der westdeutschen Bevölkerung plausibel zu machen, daß die Sozialdemokratie nationale Interessen verteidigte und nicht die die Westintegration vorantreibende Regierung Adenauer, sowenig wurde die deutsche Frage durch die Spaltungspolitik seitens der westlich und der östlich orientierten politischen Kräfte im Bewußtsein des deutschen Volkes gelöst. Die „zwei Nationen“ bleiben auf absehbare Zeit eine Schreibtischkonstruktion der SED-Führer zu Legitimationszwecken. Es gibt sogar Anzeichen dafür, daß das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl durch die „neue Ostpolitik“ der SPD/FDP-Regierung seit 1969 eher gestärkt wurde.

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in eine östliche und eine westliche Strömung ging der staatlichen Spaltung Deutschlands voraus und war zugleich ein wesentliches Moment davon. Indem beide deutschen Teilstaaten in ihren jeweiligen von den Supermächten kontrollierten hochgerüsteten Machtblöcken unentbehrliche militärische und ordnungspolitische Sicherungsfunktionen ausüben, behält die deutsche Spaltung ihre politische Relevanz als entscheidender Stützpfiler des Status quo. Die politische Brisanz dieses Problems für eine gegen das System von Jalta gerichtete Strategie der sozialen und nationalen Emanzipation und die Schlüsselrolle der deutschen Arbeiterklasse in diesem Zusammenhang sind offensichtlich. Nur die antistalinistische Linke ist von ihrer politischen Interessenlage her imstande, die deutsche Frage radikal anzugehen. Aber kann eine politische Bewegung nationale Bedeutung gewinnen, die nicht zugleich eine nationale Bewegung ist?

Verfaßt im Sommer 1976